

28. April 2023

79. Jahrgang

Nr. 13/14

Einzelnummer: Fr. 4.–

Internet: www.vorwaerts.ch

Tag der Arbeit:
Nur mit der proletarischen
Frau wird der Sozialismus
siegen! Alle an den 1. Mai.

3

Klima:
Der hartnäckige Kampf
der Klimaseniorinnen für
eine bessere Umwelt.

5

Bertolt Brecht:
Der Dichter und Kommunist
feiert in diesem Jahr seinen
125. Geburtstag.

9

Arbeitskampf:
Der längste Streik in der
Geschichte endete mit
einem grossen Erfolg.

13

vorwärts

die sozialistische zeitung

Retouren:
vorwärts
Postfach 8411
8036 Zürich

Frau
Leben
Freiheit

نژ
ناسیژ
سی دازانی



Um nicht zu vergessen!

Vor zehn Jahren machten erschreckende Bilder die Runde. Ein in die Jahre gekommenes Betongebäude stürzte in Savar, nahe der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka, komplett ein. Dabei starben über 1000 Arbeiter:innen in den Trümmern, weitere 2000 wurden schwer verletzt. Die Rede ist vom Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch, welcher sich am Montag, 24. April, zum zehnten Mal jährte. Die Überlebenden leiden noch heute an den gesundheitlichen und sozialen Folgen des Einsturzes, genau wie die Familien der Opfer.

Einen Tag vor dem Einsturz hatten Behörden zur Schliessung des Gebäudes aufgefordert. Die dort eingemieteten Geschäfte und eine Bank waren der Aufforderung unmittelbar nachgekommen, die Besitzer:innen der Textilfabriken im oberen Teil des Gebäudes hingegen nicht. Weil sie unter Druck gesetzt worden waren, gingen die Textilarbeiter:innen weiter zur Arbeit. Wenige Stunden später brach das Gebäude zusammen.

Das tragische Ereignis hatte damals der Welt vor Augen geführt, unter welchen skandalösen Umständen unsere Kleider produziert werden. Es hat sich seither einiges getan, doch die Bekleidungsindustrie ist weiterhin vom globalen Wettlauf geprägt: immer mehr, immer schneller, immer billiger. Und somit bleiben die bahnbrechenden Verbesserungen aus und Hungerlöhne, Massenproduktion und schlechte Arbeitsbedingungen sind noch immer bittere Realität. Ein weiterer Grund, um am internationalen Tag der Arbeit auf die Strassen zu gehen und die Rechte der Arbeiter:innen auf der ganzen Welt einzufordern.

Laura Maiorano

Sozialismus oder Barbarei

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiter:innenklasse. In der ganzen Schweiz gehen wir von der Partei der Arbeit (PdA) auf die Strasse, an der Seite der Metalller:innen, Elektriker:innen, Spengler:innen und den Arbeiter:innen aller anderen Branchen, die für die Erneuerung ihres Gesamtarbeitsvertrags (GAV) kämpfen. Ein Kampf, der sich auf all jene Branchen ausweiten muss, die noch keinen GAV haben.

Wir unterstützen die Frauenbewegung, die einen neuen Streik am 14. Juni vorbereitet. Und unsere Solidarität gilt all jenen Arbeiter:innen auf der Welt, die für ihre Rechte und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, wie es etwa aktuell in Frankreich der Fall ist.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem Abertausende von Menschen weltweit auf die Strasse gehen. Es ist der Tag, an dem daran erinnert wird: Sozialismus oder Barbarei. Im Kampf gegen die Barbarei und für den Sozialismus knüpfen wir an die objektiven Lebensbedingungen und Interessen der Menschen an. Die von der Krise und von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betroffenen Menschen müssen selbst für ihre Interessen eintreten. Sie zu mobilisieren für den gemeinsamen Kampf, darin sieht die PdA eine ihrer Hauptaufgaben. Deshalb sind der ausserparlamentarische Kampf sowie die Stärkung der Organisation und Kampfbereitschaft der Arbeiter:innenbewegung und der sozialen Bewegung ein wichtiger und zentraler Aspekt unserer Arbeit.

Es geht nicht nur um eine Reform der Wirtschaft, des Staates, der sozialen Strukturen, um die Beseitigung negativer Auswirkungen, sondern es geht um die Veränderung der Gesellschaft. Dabei stützt sich die PdA auf die Grundlage des Marxismus. Unser Ziel ist der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft. Dies bedeutet die Vergesellschaftung der wesentlichen Sektoren der Wirtschaft (insbesondere das Bankenwesen), eine Wirtschaft im Interesse aller und nicht im Profitinteresse Weniger und eine echte Demokratie ausgehend vom Arbeitsplatz. Im Sozialismus liegt die Macht beim Volk und ist nicht in den Händen von einigen privaten Lobbys.

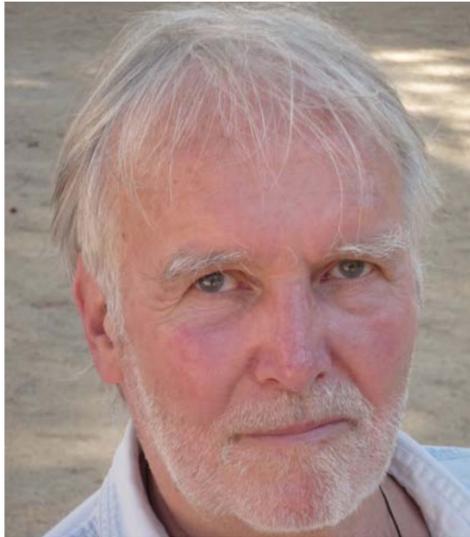
Doch dort wollen wir nicht stehen bleiben. Unser Ziel ist eine kommunistische, das heisst eine klassenlose Gesellschaft, in der das Leben für alle einen Sinn erhält, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Herrschaft und Entfremdung aufgehoben sind und das ökologische Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Diese Gesellschaft wird von den Werten der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, des Friedens und der Freiheit von Zwang und Not bestimmt sein. In diesem Sinne sind wir eine revolutionäre Partei, die sich von allen anderen politischen Parteien der Schweiz unterscheidet. Diese gesellschaftliche Revolution wird das Resultat eines langen Kampfes einer breiten Volksbewegung sein, die den Prinzipien der Einheit und der Solidarität unter den ArbeiterInnen weltweit sowie dem Frieden unter den Völkern treu bleibt. So ist die internationale Solidarität ein fundamentaler Wert der PdA. Wir widersetzen uns sämtlichen imperialistischen Kriegen. Wir verurteilen alle Versuche neokolonialer Vorherrschaft und jeglichen Anspruch auf Ressourcen, die den jeweiligen Völkern gehören.

Es lebe der 1. Mai!

PARTEI DER ARBEIT ZÜRICH

Im Gedenken an Marc Rudin

Richard Frick. **Am 7. April verstarb Genosse Marc Rudin. Marcs Leben war geprägt durch sein Engagement für Gerechtigkeit, dem er bis zu seinem Tod alles untergeordnet hat. Ruhe in Frieden, Genosse.**



Marc Rudin. Bild: zVg

Marc Rudin absolvierte in den 1960er-Jahren eine Grafiker-Lehre in Bern. Den berufskundlichen Unterricht besuchte er beim Grafik-Fachlehrer Hans Schwarzenbach, den Marc sehr schätzte, der ihn prägte und den er immer wieder erwähnte. Nach seiner Ausbildung arbeitete Marc anschliessend als Grafiker (Plakate für SBB, Grindelwald-First-Bahn usw.) und Editorial-Designer («Harper's Bazar»). Schon als junger Gestalter erhielt er einige Auszeichnungen.

Berner Münster mit der FNL-Flagge

Eine wichtige Etappe seiner Sozialisierung war für Marc der Streik der Klavierfabrik Burger & Jacobi in Biel. Mit der Unterstützung der Arbeiter:innenkampfkomitees führte der Streik zu einem Teilerfolg der Gewerkschaftler:innen.

Tief beeindruckt von der Mai-Revolution zog er 1968 nach Paris und wandte sich zusehends der politischen Grafik zu. Er setzte sich stark mit der Plakatkunst der Russischen Revolution, dem trikontinentalen Plakat in Kuba und der Kunst des antifaschistischen Widerstands auseinander. Fasziniert war er von der Spontanität und dem inhaltlichen Ausdruck der Mai-Revolution-Plakate. Bleibend ist auch die Aktion vom 22. Juni 1968, wo Marc mit zwei Genossen eine Flagge der vietnamesischen Befreiungsfront (FNL) hisste. In einer halsbrecherischen Kletterpartie stiegen sie bis auf die Spitze des Turms des Berner Münsters.

Der Weg nach Beirut

1975/76 arbeitete Marc mit einer Gruppe an der Gestaltung von grossformatigen Wandbildern auf besetzten Häusern in Mailand. Durch den Kontakt von Freund:innen, die ihm rieten, Plakate für den palästinensischen Widerstand zu gestalten, reiste er in den Libanon. Der arabischen Sprache kaum mächtig, kam er 1979 in Beirut an, wo er einige palästinensische Freund:innen hatte, die der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) nahestanden. Diese Organisation hatte eine starke internationalistische

Ausrichtung. Unter dem Namen Jihad Mansou gestaltete Marc eine grosse Anzahl von Plakaten und Zeitschriften. Die PFLP war dankbar für seine gestalterischen Fähigkeiten und wies ihm ein bescheidenes Atelier und eine Unterkunft zu. Zudem bekam er das nötige grafische Verbrauchsmaterial – mehr verlangte Marc nicht. Marc fühlte sich wohl in Beirut und unter schwierigen Bedingungen gestaltete er eine grosse Anzahl von Plakaten.

Arabische Sichtweise angenommen

Er hatte die arabische Sprache in Wort und Schrift zu lernen, um sich zu verständigen und um die arabischen Schriftzüge auf seinen mehrsprachigen Plakaten typografisch umsetzen zu können. Von seiner eurozentristischen Sichtweise musste Marc sich verabschieden und sich eine arabische Sicht aneignen. Die Plakate sollten von der arabischen Bevölkerung und den Menschen in den palästinensischen Flüchtlingslagern verstanden werden.

Beeindruckend in seinen Plakaten ist sein genialer Umgang mit dem Bild. Seine Weitwinkel-Bildkompositionen und Ausschnitte zeigen seine gestalterischen Fähigkeiten. 1982 folgte der Umzug nach Damaskus. 12 Jahre arbeitete er für die PFLP als Grafiker in Syrien. Ich selbst hatte schon früh eine grosse Anzahl seiner Plakate in meiner Sammlung. Es sind für mich nach wie vor gestalterische Trouvaillen. In den europäischen, nord- und lateinamerikanischen Solidaritätskomitees wurden die Plakate auch vertrieben. Marc zählt zweifellos zu den wichtigen Vertretern engagierter Grafik weltweit.

1991 wurde Marc beim Grenzübertritt in die Türkei verhaftet und verbrachte mehrere Jahre als politischer Gefangener in Gefängnissen der Türkei und Dänemark.

1997 kehrte Marc in die Schweiz zurück und trat kurze Zeit später der Partei der Arbeit (PdA) bei.

Der neue Lebensabschnitt als Lehrer

Von 1998 bis 2011 unterrichtete er an der Schule für Gestaltung Zürich, St. Gallen, Weinfelden und Aarau. Sein Hauptpensum hatte an der Schule für Gestaltung. 1998 wurde er auf Vorschlag von mir Lehrer in der Fachklasse «Typografische/r Gestalter/in». Er unterrichtete Schrift, Plakatdesign und Farb-Gestaltung. Seine besonnene und ruhige Art, seine enorme Geduld, sein fachliches Wissen war bei den Studierenden sehr beliebt. Seine Haltung zur Gestaltung war geprägt durch ein immenses Wissen. Als Leiter der Fachklasse Typografischer Gestalter:innen waren für mich seine Inputs bei den Bewertungen der Diplomarbeiten enorm wertvoll.

Auch das Musikmachen war für Marc eine wichtige Betätigung. Er textete und schrieb Musikstücke, die er auf seinem Cello oder auf der Halszither spielte. Anfang der 2000er-Jahre eignete er sich in sein neues Werkzeug an, den Apple-Macintosh-Computer. Er begann, sich in das Schriftdesign einzuarbeiten. Seine Deko-Schriften «Triface» und «Trifill» erfreuen sich beim jungen Gestalter:innen grosser Beliebtheit. Die letzte seiner gestalteten Schriften ist die «Triangle Bold».

Marcs Leben war geprägt durch sein Engagement für Gerechtigkeit, dem er bis zu seinem Tod alles untergeordnet hat. Marc Rudin war eine herzliche und bescheidene Person, die ich bleibend in Erinnerung behalten werde.

«Einschlafen dürfen, wenn man das Leben nicht mehr selbst bestimmen kann, ist der Weg zur Freiheit und Trost für alle.» (Hermann Hesse)

Marc Rudin

29. September 1945 – 7. April 2023

Marc ist nach langer, geduldig ertragener Krankheit am 7. April friedlich eingeschlafen. Deine Liebe und Freundschaft, deine ruhige Präsenz und deinen Humor werden wir vermissen. Dein grosses Engagement für Gerechtigkeit hat dein ganzes Leben geprägt.

Traurig und mit schönen Erinnerungen nehmen wir Abschied:

Laura Zimmermann Rudin

Mirjam Rudin und Yann Jaouen mit Morgane, Marin, Molène

Beatrice Rudin Thompson mit Andrew

Nanette Rudin Zbinden und Ueli Zbinden mit Marco

Eva Barret, Verwandte, Freund:innen

Die Trauerfeier findet im engen Familien- und Freund:innenkreis statt.

Spenden:

medico international schweiz, IBAN CH 0900 0000 8000 7869 1

Gesellschaft Schweiz-Palästina Bern, IBAN CH31 3000 0001 1000 4334 2

Traueradresse: Laura Zimmermann Rudin, Gugolzstrasse 18, 8004 Zürich

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdA und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 8230,
8036 Zürich,
PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint
14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230,
8036 Zürich
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Siro Torresan (sit), Sabine
Hunziker (sah), Florian Sieber (flo),
Laura Maiorano (lmt), Dominic Iten
(dom)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Roger Stettler, Zian Gmür

ABONNEMENTE:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.-
reduziert (AHV, Stud.): 110.-
Probeabo: 4 Ausgaben gratis

DRUCK:
Union Druckerei Berlin

Der vorwärts braucht eure Unterstützung. Danke für die Spende!



Vorwärts, Genoss:innen!

sit. **Jin, Jiyan, Azadi: Der internationale Tag der Arbeit steht in Zürich ganz im Zeichen der feministischen Revolution, auch im Hinblick auf den feministischen Streik vom 14. Juni. Die Gewerkschaften mobilisieren mit einem klassischen Thema. So oder so: alle an den 1. Mai!**



«Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen», Clara Zetkin sprach diese Worte am 16. Oktober 1896 am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Gotha. Ihre Rede ist eine brillante Analyse der Frauenfrage mit klarem Blick für die Zukunft. So ist es sinnvoll, ja schon fast Pflicht für die gesamte Linke, sich die Rede der Genossin Zetkin zu verinnerlichen.

Die proletarische Frau

«Wohl aber finden wir eine Frauenfrage innerhalb derjenigen Klassen der Gesellschaft, die die eigensten Kinder der modernen Produktionsweise sind», unterstreicht Zetkin in ihrer Rede. Und: «Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgertums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.» Zetkin schildert die Gründe der Verschiedenheit der Frauenkämpfe innerhalb der Klassen. Sie hält fest, dass die proletarische Frau den «Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung» zustimmt. Zetkin erklärt auch gleich den Grund: «Sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderungen nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleich ausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann.»

Besonderen Augenmerk richtete Zetkin in ihrer Rede auf die proletarische Frau und ihre Rolle. «Wenn im Zeitalter der Familie der Mann das Recht hatte, gelegentlich mässig die Frau mit der Peitsche zu züchtigen, so züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen.» Sie kommt zu folgendem Schluss: «Die Frau des Proletariats hat ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit erlangt, aber weder als Mensch noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können.» Denn für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter blieben ihr nur «die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen lässt». Tatsachen, die auch heute noch eins zu eins ihre Gültigkeit haben. Und misst man die aktuelle Situation bei der Frage der «wirtschaftlichen Selbstständigkeit» an den Worten Zetkins, ist gar ein Rückschritt festzustellen: Die proletarische Frau ist im Jahr 2023 weit davon entfernt, wirtschaftlich selbstständig zu sein.

Was tun?

Zetkin zeichnet einen klaren, revolutionären Weg auf. «Die Frauenagitation muss anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, in der Frau das Klassenbewusstsein wachzurütteln und sie in den Klassenkampf einzubeziehen». Dies müsse der «Leitgedanke» sein, so Zetkin. Denn: «Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben.» Und die Genossin präzisiert: «Nicht die kleinlichen Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muss sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen. Wir haben für die Agitation unter den Frauen keine Sonderaufgaben.»

Neue Schranken «gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau» seien zu errichten. «Es gilt, ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiederzugeben und zu sichern.» Und wohin die Reise gehen soll, ist für Zetkin sonnenklar: «Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft.»

Nehmt euch in Acht

Clara Zetkin hat – einfach mit ihrer eigenen Wortwahl – bereits 1896 die Parole «Jin, Jiyan, Azadi» (Frau, Leben, Freiheit) ausgerufen. Und diese Parole ist der diesjährige Slogan des 1. Mai-Komitees in Zürich. «Hey, Patriarchat und Kapitalismus, nehmt euch in Acht! Der diesjährige 1. Mai in Zürich lehrt euch beiden mit dem Thema «Feministische Revolution» das Fürchten. Er verbindet den Kampf für Geschlechtergerechtigkeit mit dem Klassenkampf», kündigt das Komitee keck auf seiner Website an. Und fügt hinzu: «Mit dem Slogan Jin Jiyan Azadi – Frau Leben Freiheit zeigt der 1. Mai 2023 Alternativen zur herrschenden Weltordnung auf.» Hauptrednerin des Komitees ist Niloofar Rasooli. Sie ist eine queer-feministische Aktivistin, Autorin und Journalistin aus dem Iran.

Es bleibt noch viel zu tun

Die Gewerkschaften mobilisieren mit einer klassischen, aber nach wie vor aktuellen Forderung ihre Mitglieder für den diesjährigen Tag der Arbeit: «Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt.» Auf der Webseite des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) ist zu lesen: «Der Bevölkerung bleibt immer weniger zum Leben. Preise, Krankenkassenprämien und Mieten steigen – während die Löhne hinterherhinken und die Renten sogar weiter gesenkt werden sollen.» Gemeint ist die Revision des Berufsvorsorgegesetz (BVG), das Ende März vom Parlament verabschiedet wurde. Sie führt dazu, dass die Arbeiter:innen mehr Beiträge einzahlen müssen, und dafür weniger Rente zu bekommen. Das Referendum dagegen läuft.

Mögen die Themen auch verschieden sein, sie sind Teil eines und desselben Kampfes für eine solidarische, sozialistische Gesellschaft. Vorwärts, Genoss:innen, alle an den 1. Mai – es bleibt noch viel zu tun!

WEITERE INFOS: 1.MAI.CH UND SGB.CH

Ein Lohn zum Leben

flo. **Nachdem mehrere Städte und Kantone in der Schweiz Mindestlöhne eingeführt haben, sollen nun auch die Kantone in der Ostschweiz nachziehen. Mit einer Petition wollen die Gewerkschaften in St. Gallen, Thurgau und Appenzell gemeinsam gegen die Teuerung auf Kosten der Búezer:innen vorgehen.**

Alleine im Kanton St. Gallen seien es 14000 Menschen, die für weniger als 23 Franken pro Stunde Arbeit leisten. Ein Fünftel der Bevölkerung im Kanton ist armutsgefährdet. Die Zahlen, welche die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi Ende März bei einer Pressekonferenz anlässlich der Lancierung der Petition «Ein Lohn zum Leben in der Ostschweiz» publik macht, sind erschreckend. Trotz der Teuerung seien die Löhne für die Werktätigen kaum gestiegen. Und das, obwohl neben Mieten, Heizkosten und Nebenkosten auch die Prämien massiv aufgeschlagen haben. Ein weiterer Posten, der aktuell die Kosten für Búezer:innen erhöht, ist der öffentliche Verkehr. «Man sieht es Ende Monat, wenn es einfach kein Geld mehr auf dem Konto hat, aber immer noch Rechnungen da sind, die man zahlen muss», bringt es der Präsident des Thurgauer Gewerkschaftsbunds Lukas Auer auf den Punkt. Betroffene müssten dann Ergänzungsleistungen beziehen, um ihre Krankenkassenrechnungen zu bezahlen. Deshalb müssten die Arbeiter:innen mindestens mit 23 Franken Lohn pro Stunde rechnen können.

Standortlogik ausmerzen

Von bürgerlicher Seite wird gerne eingebracht, dass durch höhere Löhne schlicht weniger Arbeitsplätze zur Verfügung ständen. Doch die Kosten, welche die Verarmung und Verelendung breiter Teile der Bevölkerung für die Allgemeinheit verursachen, werden dabei unterschlagen: Was die Armutsbetroffenen an Sozialleistungen und Ergänzungsleistungen beziehen, muss durch das steuerzahlende Kollektiv aufgebracht werden. Die Patrons, die ungenügende Löhne zahlen, werden von ihrer angeblichen «unternehmerischen Verantwortung» befreit. Und in einer

Situation, in der für Banken und ihre Rettung hunderte von Milliarden, die grössten Staatsausgaben in der Geschichte der Schweiz, ausgelegt werden, scheint die Knausrigkeit bei den Löhnen der Arbeiter:innen nur noch wie ein Hohn. Dafür, dass einige Unternehmer:innen weiterhin Unternehmer:innen sein dürfen, sollen Hunderttausende in Armut leben. Man darf sich angesichts von breiten Arbeitskampfbewegungen in praktisch allen europäischen Kernstaaten mit Fug und Recht fragen, wohin denn die werten Kapitalist:innen noch flüchten wollen? In einem Europa der organischen Krise des Kapitals und seiner Herrschaft scheinen die geeigneten Fluchtorte für Bourgeoisie knapp zu werden.

Weiter gehen!

Angesichts der Schwere der Situation scheint die Wahl der Waffen bei den Gewerkschaften in der Ostschweiz generell erstaunlich zahm. Eine Petition und sei sie noch so erfolgreich, würde von den Regierungsräten in den Kanton Thurgau, St. Gallen und Appenzell höchstwahrscheinlich negativ beantwortet werden. Und selbst das nächste Mittel, dass sich aufdrängen würde – kantonale Volksinitiativen – hätten unter den aktuellen Bedingungen und Mehrheitsverhältnissen schlechte Chancen. Daher ist es notwendig, dass die Petition für einen angemessenen Mindestlohn in der Ostschweiz nicht für sich steht. Sie muss Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Agitation in den Betrieben sein. Es ist ein ehrbares Anliegen dafür, zu kämpfen, dass die Werktätigen nicht die Zeche für die Krise zahlen müssen. Doch dabei auf den bürgerlichen Staat und seine Institutionen zu vertrauen, ist wenig erfolgversprechend.

Die Krone muss fallen!



Jin, Jiyan, Azadi ist die Grundlage, die Leitidee und die Parole der kurdischen Freiheitsbewegung. Jin und Jiyan, also Frau und Leben, stammen im Kurdischen von der gleichen Wortwurzel ab und symbolisieren den engen Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Frau und dem Leben. Azadi bedeutet Freiheit. In der kurdischen Freiheitsbewegung sagt man, dass eine Gesellschaft nur so frei sein kann, wie es die Frauen in dieser Gesellschaft sind. Sie stellt die Freiheit der Frau in das Zentrum ihres Kampfes für ein freies Leben ohne Unterdrückung.

Das System, das herrscht, formt die Gesellschaft. So leben wir alle in einem kapitalistischen System. Der Kapitalismus profitiert enorm von jeglicher Form der Unterdrückung der Frauen/Flintas. Der Kapitalismus ist das grösste Übel, denn er hat die Krone an. Er ist der König. So ist er es, der befiehlt und die Macht über uns alle hat. Er greift uns Frauen von allen Fronten an: schlechtere Arbeitsbedingung, schlechtere Löhne, katastrophale Renten. Er füllt sich den Bauch von unserer geleisteten Care-Arbeit. Bei Rassismus, Sexismus, häuslicher Gewalt und Feminiziden dreht er uns den Rücken zu und macht eine Siesta. Denn er, König Kapitalismus, prägt die Gesellschaft, schreibt und zeigt via die Medien, wie wir zu leben und zu sein haben sollen. Er präsentiert uns in einer vielfältigen absurden Form eines Objekts. König Kapitalismus's Sohn ist der Prinz Patriarchat. Tatsächlich ist der Prinz ein falscher Prinz. Der König hat ihn durch soziale Rollen und Vorbilder für Männer und Frauen, die er gezeichnet hat, zum Prinzen erkoren. Im Berufsleben bevorzugt man ihn, indem man ihm Priorität und etwas mehr Gehalt gibt. Und ihm wird das Sagen über das Leben der Frau zugesprochen.

Das Ziel des Königs ist es, Männer und Frauen, die vom System ausgebeutet werden, gegeneinander auszuspielen sowie die Frauen daran zu hindern, ihren wahren Feind zu sehen. Und der Vater König tut auch alles dafür, dass sich seine Prinzenöhne nicht gegen den Vater auflehnen, indem er sie mit Privilegien reichlich beschenkt.

Deshalb ist es für uns Frauen eine Notwendigkeit, uns jeden Tag gegen die Privilegien und Unterdrückung durch Männer in allen Bereichen des Lebens zu kämpfen: zu Hause, auf der Strasse und am Arbeitsplatz. Je erfolgreicher wir in diesem Kampf sind, desto mehr werden Männer ihre Privilegien verlieren – und sowohl Männer als auch Frauen werden den wahren Feind erkennen. So werden die Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf geschaffen.

Der König Kapitalismus muss entthront werden. Diese können wir nur alle gemeinsam tun. Es braucht einen Klassenkampf. So wie es Clara Zetkin sagte: «Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen.»

Der 1. Mai ist ein hart erkämpfter, internationaler Kampftag des Proletariats. Danach folgt bald der 14. Juni, ganz nach der Parole: Jin, Jiyan, Azadi! Und mögen noch viele andere historische Tage dazu kommen, die uns in unseren Kämpfen bestärken.

SEVIN SATAN, POLITISCHE CO-SEKRETÄRIN DER PDA ZÜRICH

WIDERSPRUCH 80 Heftvernissagen 80

Ukraine, Krieg, linke Positionen

Beiträge zu sozialistischer Politik
Ukraine, Krieg, linke Positionen

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten? Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?

248 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-85869-994-7
 Einzelheft Fr. 25.–, Jahresabo (2 Hefte) Fr. 40.–
 Förderabo (2 Hefte) Fr. 150.–
 Gönner:innen mindestens Fr. 500.– pro Jahr
 IBAN CH98 0900 0000 8005 6062 5

Podium mit
 Michael Graff &
 Annemarie Sancar
 Moderation: Ueli Mäder

Samstag, 29. April 2023, 16:30
 (Türöffnung: 16:00 Uhr)
 PROGR, Kleine Bühne, Bern

Sonntag, 30. April 2023, 20:00
 Zelt Kulturpunkt, Zürich

Unblock Cuba!

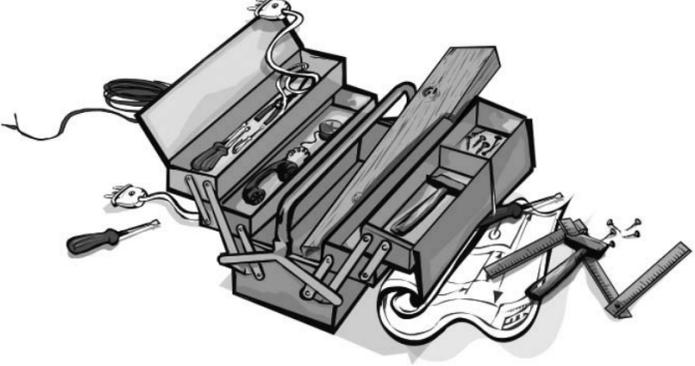
Die Zürcher Sektion der VSC ist presente hier und dort!

- im Kampf gegen den Kniefall der Schweizer Banken und dem Bundesrat vor der US-Blockade;
- mit konkreter und direkter Unterstützung der Institutionen der kubanischen Revolution (Bildung, Kultur, Gesundheit).

www.cuba-muycubano.ch
 Spenden auf PC 80-41853-3

EUROPA-MAGAZIN

EU-kritisch, ökologisch, sozial
 forum@europa-magazin.ch
 http://www.europa-magazin.ch



ARBA STROM ARBA HOLZ 8400 WINTERTHUR
ROSENSTRASSE 11 T 052 213 56 57
 www.arbastrom.ch www.arbaholz.ch

Hundesitter Winterthur

AVIVO

Vereinigung mit sozialistischer Ausrichtung zur Verteidigung der Interessen der Rentnerinnen und Rentner, mit Sozialdienst sowie Polit- und Freizeitaktivitäten.

Ändere die Welt, sie braucht es!
 (Bertolt Brecht, Die Massnahme)

AVIVO Zürich – Sihlfeldstrasse 123
 8004 Zürich – Tel 044 242 48 12
 www.avivo-zuerich.ch
 info@avivo-zuerich.ch

Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Politwochenende 28. / 29. April

Revolutionärer Block am 1. Mai Umzug vormittags

Revolutionärer Treff ab Mittag auf dem Kanzleiareal

...auch am Nachmittag des 1. Mai weiter auf die Strasse!

Mehr Infos laufend auf www.aufbau.org

AUFBAU

Die Beiz am Zürichsee für alle. Bei Sonne und Regen. Gute Produkte. Hausgemachte Kuchen. Delikates Veganes. Bio Bolo. 1001 verschiedene Getränke... Faire Preise. Faire Löhne. Selbstverwaltet im Kollektiv.

ZIEGEL OH LAG
 Restaurant Rote Fabrik

1. Mai geschlossen.

Medizinische Solidarität

Für eine gesunde Basis für alle in Kurdistan, Vietnam, Palästina, Mexiko, Guatemala, Nicaragua, El Salvador und Kuba.

medico international schweiz ★ www.medicointernational.ch
 Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich ★ IBAN CH57 0900 0000 8000 7869 1

20 JAHRE

20 JAHRE – EIN WIEDER GRUND ZUM FEIERN!

20 ANS – ÇA SE FÊTE !

GRÜNDUNG

20ÈME ANNIVERSAIRE REFONDATION PdA POP BERNE

SAMSTAG 6. MAI AB 15 UHR BREITSCHTRÄFF BERN PdA POP BERN

KAPITALISMUS: VOM TELLERWÄSCHER ZUM SOZIALFALL



PdA
 PDAZÜRICH.CH

«Es wird ein historisches Urteil werden»

Imt. **Sieben Anwält:innen, gut 200 Sympathisant:innen, 70 Medienschaffende sowie der ganze Vorstand der Klimaseniorinnen waren am 29. März in Strassburg anwesend. An diesem Tag wurde der erste Klimafall am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt. Der vorwärts sprach mit Oda Müller, Mitglied des Vorstands.**



Die Klimaseniorinnen in Strassburg vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof am 29. März.
Bild: © Greenpeace / Shervine Naffisi

Wie kam es zu eurer Gründung?

Da müssen wir bis ins Jahr 2015 zurück gehen. Der Klimaexperte von Greenpeace, Georg Klingler, beobachtete, dass in Holland eine Nichtregierungsorganisation (NGO) erfolgreich gegen den Staat geklagt hatte. Anklagepunkt war, dass der Staat zu wenig unternahm, um das Klima zu schützen. Daraufhin liess er ein Gutachten erstellen, ob dies in der Schweiz auch möglich wäre. Das ist nicht so einfach, weil wir in der Schweiz eine andere Rechtsprechung haben als in Holland. Hierzulande ist es so, dass man persönlich betroffen sein muss, damit man klagen kann. Man nennt das Aktivlegitimation. Da kam die Idee auf, interessierte ältere Frauen zu finden, die bereit wären, gegen den Schweizer Staat zu klagen. Denn mehrere Untersuchungen haben gezeigt, dass ältere Frauen mehr als andere gefährdet sind, in den Hitzesommern krank zu werden oder sogar zu sterben. Und so kam es, dass Oliver Heimgartner im Auftrag von Greenpeace an ein Treffen der «GrossmütterRevolution» ging. Zunächst mit wenigen Frauen wurde der Verein dann 2016 gegründet. Ich meinerseits habe davon im Tages-Anzeiger gelesen und mich gleich angeschlossen. Am Anfang wurden wir nicht wirklich ernst genommen. Erst mit der Klimajugend wurde das Thema viel präsenter und da erhielten wir auch mehr Aufmerksamkeit.

Wie kam es zur Beschwerde?

Noch im gleichen Jahr wie die Gründung reichten wir eine Beschwerde beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) ein. Vorsteherin des Departements war damals Bundesrätin Doris Leuthard. Ein Jahr lang nahmen sie sich Zeit und gingen schlussendlich gar nicht auf unsere Beschwerde ein. Die Begründung lautete, dass kein Eingriff in die persönliche Rechtssphäre der Klägerinnen bestünde. Wir sind dann weiter zur nächsten Instanz, ans Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen gegangen. Dieses liess sich ebenfalls Zeit und schmetterte unsere Beschwerde mit der Begründung ab, dass wir Klägerinnen nicht mehr betroffen seien als andere Menschen oder zum Beispiel der Tourismus. Das ist doch unglaublich! Wir sind dann weiter ans Bundesgericht, doch auch dieses ging nicht auf unsere Beschwerde ein. Eine der Begründungen war, dass die Schweiz noch genügend Zeit hätte, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Es sei noch nicht zu heiss. Für uns war klar, dass wir die Beschwerde bis zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ziehen würden. Das wurde von der Mitgliederversammlung gutgeheissen und somit war Strassburg unsere letzte Instanz. 2020 reichten wir dann die Beschwerde ein. Die erste Hürde lag darin, dass unsere Beschwerde überhaupt angenommen wurde. Und zu unserer grossen Überraschung bekamen wir drei Monate später die Mitteilung, dass unsere Beschwerde prioritär behandelt werde. Und nicht nur das, sondern sie käme sogar vor die grosse Kammer, das heisst, vor alle

17 Richter:innen. Wir hätten nie gedacht, dass wir so weit kommen würden. Es war jedoch klar, dass wir diese Möglichkeit nutzen würden. Wichtig zu erwähnen ist, dass wir Greenpeace im Rücken haben. Sie haben uns das ganze Know-how gegeben, die Jurist:innen beigezogen und uns finanziell unterstützt.

Am 29. März war die öffentliche Anhörung. Wie habt ihr diese erlebt?

Es begann bereits ein Tag vorher. Wir trafen uns in Basel am Bahnhof mit den Medien. Es wurde bereits im Vorfeld aufgeteilt, wer von uns von welchem Medium begleitet wird. Ich hatte das Glück, würde ich jetzt mal sagen, vom Blick begleitet worden zu sein. Der Titel war dann: «Grosi Müller klagt gegen den Staat». Ich hatte den Eindruck, dass dieser Titel den Leuten etwas die Angst nehmen könnte. Denn ich beobachtete, dass sich viele Menschen grosse Sorgen machen wegen dem Klima und die Klimakrise deshalb gar nicht wahrhaben wollen. Auf jeden Fall ging es dann am Mittwoch, 29. März, schon ziemlich früh am Morgen zum Gerichtshof. Wir wurden auch da bereits von den Medien empfangen. Im Gerichtssaal war zunächst alles noch sehr lebhaft und man konnte fotografieren und herumgehen. Dann mussten die Medien raus, alle standen auf und die Richter:innen betraten den Saal. Das war ein Gänsehaut-Moment und die Spannung stieg kontinuierlich, bis die Gerichtspräsidentin die Verhandlung eröffnete. Zuerst hatten die Beklagten, also die Vertreter:innen des Schweizer Staates, das Wort. Es kamen die üblichen Argumente. Die Schweiz verwehre sich, dass sich die Justiz in die Klimapolitik einmische, da dies eine rein politische Sache sei. Ein anderes bekanntes Argument war, dass die Schweiz bereits alles Zumutbare unternehmen würde, um den Klimawandel zu stoppen. Weiter könnte ein Verein nicht Opfer im Sinne der Menschenrechtskonvention sein. Und ein weiteres Argument, eines, das man immer hört: Was soll die kleine Schweiz schon machen können? Daraufhin erhielt unsere Seite das Wort und man merkte, dass es ganz ein anderer Tonfall war. Das Plädoyer wurde in einem Team von Anwält:innen ausgearbeitet und zeigte schonungslos die Dramatik der Klimakrise auf. Die Richter:innen stellten daraufhin erstaunlich viele Fragen. Das ist sowohl uns Beobachtenden als auch den Anwält:innen aufgefallen. Alles in allem ging die Verhandlung viel länger als geplant. Während der ganzen Zeit warteten unsere Anhänger:innen vor dem Gerichtsgebäude und empfingen uns mit Klatschen und Jubel, als wir rauskamen.

Was ist eure Vermutung bezüglich des Ausgangs der Verhandlung?

Ich finde, dass die Richter:innen uns einfach Recht geben müssen. Klar, das ist eine sehr persönliche Auffassung von mir. Es gibt auch kritische Stimmen, die sagen, das sind 17 verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Haltungen. Daher könne man nicht schon im Vo-

raus sagen, wie und ob sich diese finden. Aber auf jeden Fall wird es ein historisches Urteil. Denn es ist bereits eine historische Verhandlung, da es der erste Klimafall am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof war.

Was hätte ein positiver Entscheid für Folgen?

Ein solcher wäre sehr weitreichend. Er würde sich auf ganz Europa ausweiten, denn es ist ein europäisches Gericht. Sehr viele Gerichte, die bis anhin in Klimafragen anstehen, könnten sich dann auf dieses Urteil stützen. Dies würde eine Umwälzung in der Klimawelt bedeuten. Unsere Begründung der Klage ist, dass wir in den Sommermonaten besonders gefährdet sind und schauen müssen, wie wir diese überleben. Gesundheit ist ein Menschenrecht, das der Staat schützen muss. Und wir sagen, dass er das zu wenig macht, weil er dem Klimawandel nicht genügend entgegenwirkt. Wir tun dies auch für zukünftige Generationen. Noch einmal: Wir klagen ja darauf, dass das Klima geschützt werden muss, um die Gesundheit zu schützen, weil diese ein Menschenrecht ist. Wir stützen uns dabei auf Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Was hätte ein negativer Entscheid für Folgen?

Es gibt unterschiedliche Arten von «negativen Folgen». Zum Beispiel könnten sie uns nur in einem Punkt recht geben und andere Punkte würden sie abweisen. Es ist möglich, dass sie alles der Schweizer Regierung zurückgeben. Und natürlich das Negativste von allem wäre, wenn sie gar nicht auf die Klage eintreten würden. Es gibt einen Fall in Deutschland, bei dem das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass die deutsche Bundesregierung zu wenig unternahm, um das Klima zu schützen in Bezug auf nachfolgende Generationen. Die Anwältin in diesem Fall, Roya Verhoeven, hielt fest, dass auch, wenn das Gericht den Fall zurückweisen würde, das bereits ein klares Zeichen wäre. Damit würde es nämlich implizit feststellen, dass die Grundrechte der Konvention auch in Klimafragen anwendbar sind. Das ist ein ganz ein wichtiger Satz. Denn er zeigt, dass das Gericht meiner laienhaften Meinung nach in einer Zwickmühle steckt. Wenn sie unsere Beschwerde zurückweisen, dann implizieren sie gleichzeitig, dass man wegen des Klimas gerichtlich vorgehen kann. Bezogen auf unsere Beschwerde glaube ich, dass, egal wie, der Entscheid ausfallen wird, er eine bedeutende Wirkung haben wird.

Mensch liest in den Medien immer wieder, dass die Klimabewegung eingeschlafen sei. Wie nehmt ihr das wahr?

Das ist schon so. Es gab ja eine Pandemie, unter der man nicht mehr demonstrieren gehen konnte. Und die Jugendlichen sind auch älter geworden. Viele von ihnen sind jetzt schon im Studium. Ich sehe schon auch, dass das Ganze etwas eingeschlafen ist. An der letzten Klimademo Anfang März waren es vielleicht 2000 Menschen, wenn es hochkommt, vielleicht 5000. Leider schläft der Klimawandel nicht. Wir selbst haben durch den Prozess ein Hoch erlebt. Aber wie das mit den Medien so ist, wird es eine Zeit lang sehr präsent sein und flacht dann immer mehr ab. Im Vorstand sind wir jedoch nach wie vor sehr aktiv. Zum Beispiel kommt am 18. Juni das Klimaschutzgesetz zur Abstimmung und da engagieren wir uns fleissig, etwa mit Flyer verteilen. Dann steht eine Gedenkveranstaltung zum Gletschersterben auf dem Programm. Diese wird auf dem Morteratschgletscher stattfinden. Weiter gibt es bald den «overshoot day». Das ist jener Tag, bei dem das CO₂-Guthaben für das ganze Jahr verbraucht ist. Dieser Tag ist bereits am 29. April und es wird überall Veranstaltungen geben. Weiter stehen viele Interviews und Podiumsdiskussionen an. Also es läuft immer wieder mal etwas und das ist auch wichtig, damit das Thema im Gespräch bleibt.

Was geschieht als Nächstes?

Wir warten natürlich auf das Urteil. Es ist so, dass drei Klimafälle beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorliegen. Unser Fall wurde am Morgen des 29. März verhandelt. Am Nachmittag desselben Tages wurde die Klimabeschwerde eines ehemaligen französischen Bürgermeisters angehört, der gegen den französischen Staat klagt. Und der dritte Fall ist von portugiesischen Jugendlichen, die wegen massiven Waldbränden mit hohen Opferzahlen gegen alle Staaten in Europa klagen. Der letzte Fall wird am 27. September verhandelt. Das heisst, wir erwarten ein Urteil Ende Jahr oder sogar erst nächstes Jahr. So lange müssen wir einfach durchhalten.



Oda Müller, Vorstandsmitglied der Klimaseniorinnen.
Bild: klimaseniorinnen.ch

«Eine ganze Menge an schönen Erinnerungen aus den letzten 20 Jahren!»

dom. 2003 kam es zur (Wieder-)Gründung der PdA Bern. Teil 2 des Gesprächs mit Anne der Bieler und Christoph der Berner Sektion der PdA. Diesmal über Politik in Zeiten der sich zuspitzenden Krise, antikommunistische Propaganda und die Bedeutung von Wahlen.



Die Genoss:innen der Bieler Sektion bei der Lancierung ihrer Wahlkampagne im Jahr 2020 Bild: vorwärts-Archiv

Imperialismus, Krieg und Krise. Angesichts der zugespitzten Widersprüche stehen wir mehr denn je vor der Alternative «Sozialismus oder Barbarei». Doch die PdA droht – schaut man sich die Wähleranteile an – in der Bedeutungslosigkeit zu versinken: Wieso kann die PdA an den aktuellen Umständen nicht wachsen?

Anne: Mir ist keine politische Organisation bekannt, die in dieser Zeit dauerhaft durch aktive Mitglieder wächst - da bildet die PdA keine Ausnahme. Heute, angesichts der Auseinandersetzung um den Krieg in der Ukraine, spüren wir ausserdem die antikommunistische Propaganda wieder stärker. Wie hiess es noch bei Margaret Thatcher, der britischen Premierministerin von 1979 bis 1990? «There is no alternative!» Es darf keine Alternative zur herrschenden Politik geben. Anderes Denken und alternatives Vorgehen sind nicht erlaubt. Die offizielle Argumentation zur Übernahme der CS durch die UBS oder die Repression gegen die Streiks in Frankreich sind zwei aktuelle Fälle, die unter ähnlicher Prämisse ablaufen. Du sagst, die Welt sei in Aufruhr, aber wir erleben in Europa Krisen und einen massiven Abbau von sozialen Errungenschaften, die im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte hart erkämpft werden mussten. Viele Menschen sind verunsichert, zunehmend mit ihrem alltäglichen Überleben beschäftigt. Sie sind noch nicht darauf gekommen, dass Widerstand und eine Alternative nötig beziehungsweise möglich wären.

Abgesehen davon bedeutet der Auf- und Ausbau politischer Organisationen auch eine Menge

Aufwand. Fehlt es auch ganz einfach an Ressourcen, die eine breitere Agitation ermöglichen würden?

Anne: Ja! Das drückt sich etwa darin aus, dass viele Menschen in der Schweiz noch nicht mal von der Existenz der PdA wissen. Und sie existiert auch nicht in jedem Kanton, geschweige denn in jeder Stadt. In den Medien kommen wir meist gar nicht vor. Einige finden trotzdem den Weg zur PdA - aber nicht alle bleiben über lange Zeit dabei. Manche sind während einer gewissen Zeit aktiv, bleiben aber irgendwann weg, weil sie sich zum Beispiel um ihre Familie kümmern müssen, ihre Ausbildung beenden, oder weil revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten nicht besonders spannend wirkt. Ausserdem fehlt vielen neben ihrer anstrengenden Erwerbsarbeit ganz einfach die notwendige Zeit und Energie. Wir sind eine kleine Partei. Die Kräfte sind begrenzt. Ich habe letztes die Medienmitteilung gefunden, welche die PdA Bern anlässlich ihrer Gründung geschrieben hat. Da steht, dass wir jeden Monat eine Veranstaltung durchführen wollen. Das haben wir schon lange nicht mehr geschafft. Unsere Veranstaltungsreihe anlässlich der Wiedergründung hat sich daher unter anderem zum Ziel gesetzt, auch ausserhalb der beiden Stadtparlamente wieder sichtbarer zu werden, neue Aktive zu gewinnen.

Christoph: Dem möchte ich Folgendes hinzufügen: Die PdA Bern ist zwar klein, aber nicht bedeutungslos. Wir haben drei Stadtratsmandate und diese Stimmen sind wichtig. Auch deshalb, weil andere Parteien wie etwa SP und Grüne wahrnehmen, dass links von ihnen noch Platz ist. Das kann ein zu starkes Abdriften in die Mitte verhindern. Aber mit dem jetzigen Wiederaufkommen der Rhetorik des Kalten Krieges wird unsere Politik sicher nicht einfacher.

Anne, du sprichst von «antikommunistischer Propaganda» im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt, der Bankenkrise oder den Streiks in Frankreich. Siehst du auch - gerade in Bezug auf diese erschütternden Ereignisse - eine gegenläufige Entwicklung? Also wie sich Menschen politisieren und radikalisieren?

Anne: Ja, es gibt sogar aktuelle Umfragen in der BRD, in denen ein grosser Anteil sagt, Sozialismus wäre eine interessante Idee. Aber es ist, zumindest in der näheren Umgebung, derzeit keine Kraft vorhanden, die diese Stimmen laut werden lassen kann, die Menschen in

Bewegung bringt. Wie kommen sie von der Ablehnung des Bestehenden auf die Idee, dass Alternativen wirklich möglich sind?

Ja, das bleibt wohl die grosse Herausforderung der gegenwärtigen politischen Arbeit. Die PdA Schweiz meint dazu: «Um unser Ziel zu erreichen, brauchen wir zunächst verschiedene Bündnisse mit den fortschrittlichen politischen Kräften und EinwohnerInnen dieses Landes. Wir fördern und entwickeln diese Bündnisse, um gemeinsam eine andere Welt zu schaffen.» Welche Rolle spielen dabei parlamentarische Wahlen und politische Mandate?

Anne: Wahlen sind eine Möglichkeit, verstärkt mit unseren Positionen auf die Strasse zu gehen und gesehen zu werden, Wahlkampf zu machen. Sie kosten aber auch viel Zeit und Geld - für wenig Ausbeute, wenn diese in Mandaten gezählt wird. Wahlkampf bedeutet erstmal Kandidierende zu finden, zu überzeugen, ein Wahlprogramm zu erstellen, Unterschriften für die Kandidatur zu sammeln und beglaubigen zu lassen, Geld zu sammeln, Flyer und Plakate zu erstellen und drucken zu lassen und so weiter und so fort. Das alles, bevor der eigentliche Wahlkampf beginnt, also das Werben um Stimmen. Und dies immer wieder, bei lokalen Wahlen genauso wie bei kantonalen sowie nationalen Wahlen. Erschwerend kommt hinzu, dass ein bedeutender Teil der in der Schweiz lebenden Menschen nicht mal wählen darf (Anm. d. Red.: Minderjährige, Gefängnisinsassen, Ausländer:innen oder Menschen mit geistiger Beeinträchtigung machen rund ein Drittel der hierzulande wohnhaften Bevölkerung aus, womit bloss zwei Drittel wahlberechtigt sind). Wir haben in Bern parlamentarische Grundsätze diskutiert und beschlossen, bevor wir uns erstmals an Wahlen beteiligt haben. Unter anderem steht darin, dass wir Parlamente als Tribünen benutzen wollen, um die Anliegen der «einfachen Menschen» dort einzubringen und um unsere Positionen bekannter zu machen. In diesem Sinne haben alle unsere Stadträt:innen gearbeitet und das tun sie auch heute noch. Zu ihrer Unterstützung haben wir oft Arbeitsgruppen eingerichtet, um den Wust an zu lesenden Unterlagen nicht allein bewältigen zu müssen und auch um zu überlegen, welche Themen wir in welcher Form einbringen wollen. Manchmal bleibt daneben nicht mehr genug Kraft, weitere Aktivitäten zu organisieren. Obwohl die ausserparlamentarische Aktivität entscheidend ist: Ohne sie wird sich nichts Grundlegendes verändern.

Christoph: Die Stadtratswahlen sind für uns die wichtigsten. Dort haben wir Chancen, unsere Sitze zu verteidigen oder welche dazu zu gewinnen. Dank dieser Mandate werden wir ausserdem in der Presse erwähnt und werden dadurch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Grossrats- oder Nationalratswahlen haben wir bisher dazu genutzt, unser Programm verteilen zu lassen, um im ganzen Kanton gehört zu werden. Dieses Jahr nehmen wir allerdings nicht an den Nationalratswahlen teil, da der personelle und finanzielle Aufwand in unserem grossen Kanton immens ist und die Chancen auf einen Sitz schwindend gering sind.

Abschliessend: Was war das prägendste Erlebnis oder das wichtigste Thema in den Jahren eurer Mitgliedschaft bei der PdA Bern/Biel?

Christoph: Als wir aus Protest vor der dänischen Botschaft gegen die Polizeigewalt bei der Räumung eines Jugendhauses in Kopenhagen mit einem Chor aus PdA und Anarchist:innen Arbeiter:innenlieder sangen und dafür Berner Polizeigewalt ernteten. Oder als wir an einer WEF-Demo fürs gleiche Vergehen (Singen) in Untersuchungshaft mussten. Am wichtigsten finde ich den Zusammenhalt unter den Genoss:innen. Gemeinsames Zeitung- und Flyerdrucken, als wir noch einen Risographen im PdA-Lokal hatten, Plakate kleben, zusammen bräteln und gemeinsam auf die Strasse gehen: Das ergibt eine ganze Menge an schönen Erinnerungen aus den letzten 20 Jahren!

Anne: Dem kann ich mich nur anschliessen und so werden wir weitermachen.

TEIL 1 DES GESPRÄCHS IST IN DER VORWÄRTS-NR. 11/12 VOM 6. APRIL ZU LESEN. ZUM FEST AM 6. MAI SIEHE SEITE 16 (POLITAGENDA).

40 Jahre konkrete Solidarität

seit. Seit 1983 unterstützt der Solifonds zahlreiche soziale Kämpfe rund um den Globus. Er tut es schnell, direkt und unbürokratisch - und will es auch in Zukunft so lange tun, wie es notwendig ist.

1981 fand das «Schweizerische Symposium für Solidarität» statt. Über 3000 Menschen nahmen daran teil und verabschiedeten das entwicklungspolitische Manifest «Entwicklung heisst Befreiung». Zentrale Forderung darin war die Schaffung des «Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt».

1983 folgte dann die konkrete Umsetzung der Forderung: Der Solifonds wurde durch die SP Schweiz, den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (heute Solidar Suisse) und dreizehn entwicklungspolitische Organisationen und Solidaritätskomitees ins Leben gerufen. Und am 1. Mai 1983 wurde die erste internationale Solidaritätsaktion zur Unterstützung von Gewerkschaften im Apartheid-Südafrika durchgeführt.

Übliche Strategien reichen nicht

«Seither hat der Solifonds eine Vielzahl von sozialen Kämpfen, Aktionen und Kampagnen in zahlreichen Ländern des Globalen

Südens unterstützt», wird auf der Website informiert. Und er tut es auch heute noch, wie zum Beispiel die aktuelle Unterstützung der Landarbeiter:innen in Südspanien beweist. In der Provinz Huelva arbeiten mehrheitlich migrantische Arbeiterinnen im Anbau und bei der Ernte von Erdbeeren. Die Früchte sind für den Export nach Europa bestimmt und finden sich bereits im Januar in den hiesigen Supermärkten.

Insbesondere die marokkanischen Arbeiterinnen, die als saisonale Erntehelferinnen von Januar bis Juni auf den Feldern Erdbeeren pflücken, arbeiten unter äusserst prekären Bedingungen. Sie stehen auf Abruf zur Verfügung, manchmal gibt es für sie keine Arbeit und damit auch keinen Lohn. Der Gesamtarbeitsvertrag für die Landwirtschaftsarbeit, der unter anderem einen Mindestlohn vorsieht, wird von den Arbeitgeber:innen regelmässig missachtet. Weiter sind die Frauen oft in Containern entlang der Felder untergebracht, weit weg von den Dörfern.

In Huelva organisiert die südspanische Gewerkschaft der Landarbeiter:innen SOC-SAT seit einigen Jahren Erntehelferinnen aus

Marokko. Um saisonale Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu organisieren, reichen die üblichen Strategien nicht. Die südspanische Gewerkschaft hat deshalb Kontakt mit der marokkanischen Gewerkschaft der Landarbeiter:innen FNSA aufgenommen. Die FNSA will nun die Erntehelferinnen schon bei der Rekrutierung kontaktieren, sie über ihre Rechte in Spanien informieren und auf die SOC-SAT hinweisen.

Alles Gute zum Geburtstag

«Damit unsere Solidaritätsarbeit auch in Zukunft weitergehen kann, ist es wichtig, dass auch jüngere solidarische Menschen den Solifonds und seine Arbeit kennenlernen und unterstützen», ist auf der Website zu lesen. Wie wichtig diese Solidaritätsarbeit ist, braucht nicht unterstrichen zu werden. In diesem Sinne, liebe Freund:innen des Solifonds, veröffentlichen wir diesen Beitrag - und wünschen euch alles Gute zum 40. Geburtstag. Macht weiter so wie bisher.

VERANSTALTUNGSREIHE MIT DEN MAROKKANISCHEN ERNTEARBEITERINNEN SIEHE: SOLIFONDS.CH/40-JAHRE

Abgrenzung, bis es weh tut

flo. **Mit einem «Demo-Kodex» will die Basler Sozialdemokratie an der Demo am 1. Mai für Zucht und Ordnung sorgen. Der Kampftag-Knigge ist dabei vor allem ein Papiertiger – dabei aber einer, der sich bürgerlicher Narrative bedient. In Zürich geht man einen anderen Weg.**

Ob Steuerschlupflöcher, die man eigens für die Pharmaindustrie zurechtgezimmert hat, oder rassistische «Bettelverbote», die überwiegend auf Roma und Sinti zielten: Um zu merken, dass Basel von Rot-Grün regiert wird, muss man schon ganz genau hinschauen. Dabei hilft vermutlich auch nicht, dass die Basler Sektion der Sozialdemokratie sogar innerhalb der SP oft zu denen gehört, die noch ein bisschen weiter nach rechts ausschert, als es die SP sonst tut. Einer SP, die schon so lange und mit so einer bedeutenden Rolle in den Betrieb des bürgerlichen Staats eingebunden ist.

Vorgeschobenes Argument

Doch jetzt hat die SP-Basel sich mit einem kuriosen Schachzug ins Lager derer begeben, die dafür sorgen wollen, dass man am 1. Mai über verspraye Scheiben, statt über fortschrittliche politische Inhalte redet. Mit einem «Demo-Kodex» wolle man Vermummte von der Demo fernhalten und Gewalt gegen Sachen und «Lebewesen» verhindern. «Wer den Konsens nicht einhält, darf nicht mitlaufen», liess sich die Basler SP-Co-Präsidentin Jessica Brandenburger in der rechten Tageszeitung BaZ zitieren. Dass ein Konsens aber erst erreicht ist, wenn alle Beteiligten einverstanden sind, scheint man bei den Kampftag-Knigge-Verfasser:innen vergessen zu haben. Denn die autonomen und revolutionären Gruppierungen, die man mit dem Dokument fernhalten will, wurden zur Verfassung des Texts nicht beigezogen. Da von Konsens zu sprechen, hat schon fast etwas Dreistes.

Es gebe beim Schwarzen Block eben keine Ansprechperson, liess Marcel Colomb, Vizepräsident der SP Basel-Stadt, gegenüber SRF verlauten, als er nach dem Einbezug von revolutionären Organisationen gefragt wurde. Ein vorgeschobenes Argument: Dass der Schwarze Block keine Organisation, sondern eine politische Aktionsform ist, um politischer Repression durch den Staat zu begegnen, dürften eigentlich politisch Aktive im Jahr 2023 langsam begriffen haben. Und im Übrigen haben mehrere der Gruppen, die sich an solchen Aktionsformen in Basel beteiligen, sehr wohl Ansprechstellen, Homepages, E-Mail-Adressen und/oder Auftritte in den sozialen Medien. Der SP-Mann scheint davon nichts zu wissen, oder wissen zu wollen.

Delegitimierung des Protests

Colomb übernimmt dann noch das Narrativ von Gewalt, das der bürgerliche Staat vorgibt: Gewalt sei nicht nur die Ausübung von Gewalt gegen Menschen, sondern auch das Einschlagen von Scheiben. Dass ein meilenweiter Unterschied zwischen einer Gewalt gegen lebende Menschen aus Fleisch und Blut und jener gegen unbelebte Gegenstände besteht, scheint eine Differenzierung, die man sich bei der SP-Basel spart. Immerhin: Sprayerien fallen für Colomb nur in eine «Grauzone». Angesichts so viel bürgerlicher Rhetorik von Menschen, die sich in ihrem Selbstverständnis schon noch irgendwie mit der Arbeiter:innenbewegung assoziieren, muss man scheinbar über die kleinen Dinge froh sein.

Mit ihrer Rhetorik bedient die SP aber ein Narrativ, das von Rechten seit Jahren gesponnen wird – eine eingeschlagene Fensterscheibe, ein brennendes Auto wird da auf den Stand eines lebenden Wesens erhoben. «Es kam bei der Demonstration zu Ausschreitungen» ist dann der Satz, den man in der Zeitung liest, wenn es zu nennenswerten Sachbeschädigungen kam, ebenso wie wenn Menschen bei physischen Auseinandersetzungen verletzt wurden. Das Ziel ist in beiden Fällen dasselbe: die Delegitimierung des politischen Protests. In Zeiten, in denen Repression gegen linke Kräfte wächst und gerade in einer Stadt, wie Basel, wo mit den skandalösen Klassenjustizurteilen im Falle der Prozesse rund um «Basel Nazifrei» ein Fanal bürgerlicher Repression gesetzt wurde, ist die Übernahme solcher Rhetorik nichts weiter als politische Unverantwortlichkeit.

Ob es der SP passt oder nicht

Obwohl gerade in den Medien vor allem die SP mit dem Demo-Kodex in Verbindung gesetzt wird, wurde dieses laut BaZ von einem Komitee bestehend aus SP, Grünen, den Basler Gewerkschaften, dem feministischen Streik, der Klimajugend und entsprechenden Jungparteien unterzeichnet. Dass das reicht, um politische Konkurrenz innerhalb der Linken aus der Demo zu drängen, kann man mit gutem Gewissen bezweifeln. Der Hebel, um wirklich Druck auszuüben, existiert hier nicht. Und innerhalb der radikalen und revolutionären Linken



Mit einem «Demo-Kodex» soll der revolutionäre Block am 1. Mai ausgeschlossen werden. Bild: Basel Nazifrei

wird man nicht viel auf einen vermeintlichen «Konsens» geben, zu dessen Schaffung man nicht einbezogen wurde.

Auf dem Twitterauftritt von «Basel Nazifrei» wurde jedenfalls als Reaktion auf den Demo-Kodex vom revolutionären 1.-Mai-Bündnis verkündet, dass es eigentlich die SP sei, die am Kampftag der Arbeiter:innenklasse nichts verloren hätte. Und: «Der antikapitalistische Block hat über Jahre hinweg einen Grossteil der 1.-Mai-Demonstration gestellt und wird von zahlreichen Organisationen getragen. Auch dieses Jahr nehmen wir uns die Strasse – ob das der SP passt oder nicht.»

Billige Medienarbeit?

Der Kampftag-Knigge der SP ist damit vor allem ein Papiertiger, wenn nicht noch schlimmer: ein durchschaubares mediales Manöver. Das vermutete denn

auch Björn Resener, Sekretär des Gewerkschaftsbunds Zürich. Er äusserte gegenüber der NZZ den Verdacht, dass man in Basel schlicht «Medienarbeit» betreibe. Medienarbeit, die man in Zürich so nicht wolle, weil damit das bürgerliche Narrativ davon, was Gewalt ist, reproduziert würde. Und anders als Basel will man in Zürich auch nicht das Klischee vom Schwarzen Block als monolithische Politorganisation verbreiten. Resener: «Welcher schwarze Block? Ich will diesen negativ konnotierten Begriff nicht verwenden, weil es diese Organisation in dem Sinne nicht gibt.»

Für einmal stände es den «Genoss:innen» aus den reformistischen Organisationen in Basel tatsächlich gut an, von einem Beispiel aus Zürich zu lernen. Zumindest, wenn sie nicht Teil der bourgeoisen Empörungsmaschinerie rund um den Kampftag des internationalen Proletariats werden wollen.

Heuchelei und Gewaltfantasien

flo. **Die Aktionen von sogenannten Klimakleber:innen sorgen für Aufregung. Auch wenn die Aktionsformen nicht denen der Arbeiter:innenklasse entsprechen und verfehlt sind, ist die Gegenreaktion auf sie heuchlerisch und die Repression gegen die Aktivist:innen gefährlich.**



Aktion am Gotthard vom 7. April. Bild: Renovate Switzerland

Es ist das Osterwochenende. Tausende wollen mit dem Auto den Gotthard passieren, um in den Süden in die Ferien zu fahren. Ab zehn Uhr vom Freitag 7. April beginnen Aktivist:innen sich auf der Autobahn A2 auf der Strasse festzukleben. Verantwortlich für die Aktion ist die Gruppe Renovate Switzerland. Frustrierte Autofahrer:innen reissen den Klimaaktivist:innen ihre Transparente aus den Händen. Die Gefühle kochen hoch.

Es sind keine neuen Szenen. Vor einigen Wochen wurden Bilder publik, in denen ein frustrierter LKW-Fahrer in einer ähnlichen Situation begann, gewalttätig auf die am Boden sitzende Aktivist:innen einzutreten. Andernorts ergehen sich erklärte Gegner:innen der Klimabewegung in Gewaltfantasien gegen die Klimakleber:innen: Sie erklären, wie sie in ihren Kofferräumen Holzstöcke bereit hätten, um damit am Boden festgeklebte zu verprügeln, sollten sie von ihnen blockiert werden. Es wird deutlich: Auch wenn die Klebeaktionen wohl nicht die Welt und das Klima retten, den Hass ihrer politischen Gegner:innenschaft haben sie gewonnen.

Ein Erfolg?

Es waren laut Homepage der Gruppe Renovate Switzerland gerade mal sieben Personen, die sich am Gotthard auf den Boden klebten. Innert kürzester Zeit wurde die Blockade durch die Urner Kantonspolizei aufgelöst. Während einer kleinen Zeitspanne wurde der traditionelle Osterstau am Gotthard länger und wuchs von 15 auf 19 Kilometer an. Dass durch die Aktion irgendwie Treibgasemissionen reduziert worden seien, ist eine illusorische Vorstellung. Darum ging es aber auch nicht: Die Blockaden der Aktivist:innen von Renovate Switzerland zielten viel eher auf das Generieren medialer Aufmerksamkeit ab. So erklärt die Gruppe ihre Aktion zum Erfolg. Man habe 130 Presseartikel und ein internationales Medienecho geschaffen, tausende Reaktionen und Gespräche provoziert. Doch für den Informationsabend von Renovate Switzerland beliefen sich die Neuanmeldungen trotzdem nur im Bereich eines Dutzends.

Widersprüchliche Wahl

Mit dem medialen Druck will man – klassisch legalistisch und beseelt vom Glauben an den bürgerlichen Staat – die Schweizer Landesregierung zur Ausrufung des Klimanotstands bewegen. Obwohl also die Aktivist:innen selber die Dringlichkeit der Klimafrage klar anerkennen und damit auch ihre Aktionsformen begründen, wollen sie den langen und kaum Erfolg versprechenden Weg über die Umwälzung der öffentlichen Meinung gehen. Und dabei ist ihre Wahl der Mittel besonders widersprüchlich: Man will die öffentliche Haltung ändern, indem jene blockiert werden, die fossile Brennstoffe verbrauchen, um in den verdienten Urlaub von der Lohnarbeit zu fahren. Unter den Ak-

tionen leiden kaum jene, die die grösste Verantwortung an der Zerstörung der Umwelt haben.

Den Aktivist:innen vom Gotthard kann man durchaus zugutehalten, dass sie infrage stellen, was denn die schönen Gesetze wert sind, die den reibungslosen Gang der Dinge sicherstellen, wenn gleichzeitig die Erde vor die Hunde geht. Was machen denn ein paar Minuten oder im schlimmsten Falle ein paar Stunden zusätzlicher Stau auf dem Gotthard am Osterwochenende 2023 aus, wenn wir nicht dazu in der Lage sind, den ökologischen Kollaps aufzuhalten?

Zivilen Ungehorsam nicht zum Selbstzweck machen

Klar hingegen ist, dass die teils massive Repression, die in Urteilen gegen Klimakleber:innen im Rahmen von Gerichts-urteilen aufs Schärfste zu verurteilt sind und bekämpft werden. Beispielsweise in Baden-Württemberg, wo Aktivist:innen bis zu fünf Monaten Freiheitsstrafe für ihre Blockaden verurteilt worden sind.

Doch müssen wir festhalten, dass solche Aktionen aus Sicht der Arbeiter:innenbewegung falsch sind, weil sie Illusionen in eine Romantik des zivilen Ungehorsams zum Selbstzweck schüren. Wenn sieben Menschen sich am Gotthard festkleben, gibt das vielleicht mehr als hundert Artikel. Wenn tausende von Arbeiter:innen in Massentriks Teile der kapitalistischen Produktionsmaschinerie lahmlegen, ist dies Teil eines Kampfes gegen eben jenes System, das die Vernichtung unserer Lebensgrundlage für den Profit einiger weniger zum ökonomischen Rational erhebt. Und ohne Fall dieses Systems gibt es keine Chance auf einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Yalla, Feminismus!

sah. **Warum noch ein weiteres feministisches Buch? Die Antwort liefert Reyhan Şahin, bekannt als Lady Bitch Ray. Sie prangert Sexismus und Rassismus in Hip-Hop und Wissenschaft an, erklärt den Feminismus und zeigt auch gleich, wie Protest geht.**



Reyhan Şahin alias Lady Bitch Ray.
Bild: Wikipedia

Noch ein Buch zum Thema Feminismus? Reyhan Şahin aka Dr. Bitch Ray beantwortete die Frage gerade selber in «Yalla, Feminismus!», das 2019 im Klett-Cotta Verlag erschienen ist. Ihre Kritik, dass viele Publikationen in den letzten Jahren überwiegend von weissen cis Frauen ohne Migrationsbiografie geschrieben wurden, stimmt. Diese Autorinnen kennen die Welt der beispielsweise von muslimischen Menschen oder People of Color kaum. Şahin schreibt: Der Begriff «Intersektionalität» existiert zwar in der Bedeutung der Mehrfachdiskriminierung seit mehreren Jahren in den zeitgenössischen (gender-)feministischen, aktivistischen Debatten in Deutschland – doch in echt kommt dieser Bereich des Zusammenspiels von Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus in unseren gesellschaftlichen Debatten zu kurz.

Viele persönliche Erfahrungen ...

Schwerpunkt ist im Buch daher auch persönliche Erzählungen, um Einblicke in die Welt von Reyhan Şahin und den gemachten diskriminierenden Erfahrungen bei ihrer Arbeit als Wissenschaftlerin und Musikerin darzustellen. Leiten lässt sie sich vor allem von drei Bereichen, die sie bei der eigenen Emanzipation beeinflusst haben: Der erste Bereich ist der Feminismus und Hip-Hop. Hier arbeitete Reyhan Şahin als Lady Bitch Ray in der Sparte Deutschrap. Islam und Feminismus ist ein zweiter Bereich, wobei hier vor allem auch die Debatte rund um das sogenannte Kopftuch in Deutschland einfluss. Aber auch der Status quo von Frauen im Wissenschaftsbetrieb war prägend. Grosses Anliegen der Aktivistin mit diesem Buch ist es, Frauen, queere, transidente, transgender sowie inter- und asexuelle Personen, Menschen mit Behinderungen, People of Color sowie andere Marginalisierte zu motivieren, sich mehr einzumischen. Das heisst, Diskurse mit Inputs voranzubringen und an queere feministischen Debatten teilzuhaben.

Bunte, eigene Cupcakes backen

«Die Marginalisierten», so Reyhan Şahin, «sollen nicht nur ein Teil des bestehenden feministischen Kuchens sein, sondern eigene Cupcakes backen». Die Aktivistin hatte sich selbst nie als «Feministin» bezeichnet. Şahin schreibt, dass sie «ehrlich gesagt, lange Zeit auch nicht wusste», dass sie eine sei. Wohl auch, weil sie sich in der bestehenden feministischen Szene wenig zurecht fand und sich nicht mit ihr identifizieren konnte. Şahin fiel auf, dass vorwiegend weisse Frauen, das Selbstbewusstsein haben, sich als Feministinnen zu labeln. Hier folgerte die Aktivistin, dass dies vielleicht zu den weissen Privilegien der Frauen gehört, den Mut zu haben, um dies mit einer so grossen Selbstverständlichkeit zu sagen. Solche Aussagen hört man von Frauen mit Migrationshintergrund eher seltener. Ihr Fazit lautete: «Sie fühle sich irgendwie nicht dazugehörig zu dieser weissen älteren wie jüngeren Feminismus-Benennung-Mafia.» Da ist sie nicht die Einzige, die auf dieses Label verzichtet, es aber bei anderen respektiert. Viele POC-Feministinnen bezeichnen sich nicht als Feministin und auch muslimische Aktivistinnen meiden das Wort.

«Nazis raus» und #NoAfD
Dass Lady Bitch Ray keine leeren Versprechungen macht und fleissig Cupcakes bäckt, dafür gibt es viele Beispiele. Immer handelt sie im Sinne der Strömung des intersektionalen Feminismus, der nebst dem Sexismus auch andere Formen von Diskriminierung wie Rassismus oder Klassismus berücksichtigt. Auf der Seite musikexpress.de wird ihr Protest gegen AfD und Nazis bei der Frank-Walter Steinmeiers Wiederwahl zum Bundespräsidenten im Februar 2022 gezeigt. Reyhan Şahin war vor Ort, weil sie in Bremen für die Partei «Die Linke» zum Mitglied der deutschen Bundesversammlung gewählt worden war. Şahin trug am Wahlsonntag einen weissen Schleier samt Kleid und einen blauen Beutel mit der Aufschrift «Nazis raus» und #NoAfD. Mitte März 2023 war Reyhan Şahin auch im Fotomuseum Winterthur und sprach über die Arbeiten der Künstlerin Valie Export. Bekannt wurde die Medienkünstlerin beispielsweise 1969 mit ihrer Aktion «Aktionshose: Genitalpanik». Durch solche Aktionen mit Lady Bitch Ray werden verschiedene feministische Kämpfe miteinander in Bezug gebracht. Aktionen und Anliegen verknüpfen und fügen sich in ein Ganzes ein. So geschieht es auch bei Reyhan Şahin und der Buchautorin Charlotte Roche.

«Nazis raus» und #NoAfD

«YALLA, FEMINISMUS!», REYHAN ŞAHIN, VERLAG TROPEN, 320 SEITEN, ISBN: 978-3-608-50427-9

Gleichstellung?

sah. **Wieder werden neue Sparmassnahmen angekündigt und wieder haben Frauen das Nachsehen. Um rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, wird negative Gleichstellung gemacht. Doch was ist damit gemeint? Am Beispiel der Witwenrenten wird es einmal mehr ersichtlich.**

Schon wieder ist das Defizit im Bundeshaushalt grösser geworden. Aktuell bekannt ist ein Betrag von 4,3 Milliarden Franken. Auch neue Ausgaben sind geplant, ohne dass die Finanzierung geregelt ist. Dies wird zum Anlass genommen, den Rotstift zu zücken und zu kürzen. Finanzministerin Karin Keller-Sutter liess die Bombe platzen und kündigte im Februar 2023 an, unter anderem die Gesetze rund um die Witwenrente überarbeiten zu wollen. Beim aktuellen System würden verheiratete Witwen bevorteilt – so die Meinung. Das Argument ist, die jetzige Regelung sei von Gesetzes wegen ungleich und müsse reformiert werden. Hier kommt der Verweis auf die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Regierung will die Rente der Witwen begrenzen und so Millionen pro Jahr einsparen.

Als Gleichstellung verkauft

Bereits bei der Abschaffung der 45er-Regel hatten die Frauen das Nachsehen. Hier wurde etwa einer Ehegattin, die während der Ehe nicht erwerbstätig gewesen war, ein Einstieg ins Erwerbsleben nicht mehr zugemutet. Dies allerdings nur im Falle, wenn die Trennung der Ehegatt:innen nach dem 45. Altersjahr geschah. Als Konsequenz folgte, dass der andere Ehegatte für den Unterhalt der nicht erwerbstätig gewesenen Ehegattin nach der Scheidung aufzukommen hatte. Diese Regelung endete 2021. Hier wurde die Praxis einer lebensprägenden Ehe aufgegeben.

Dieses Prinzip ist auch bei der Kürzung der Witwenrenten Thema. Auch ist es seit der Einführung der 10.AHV-Revision so, dass Witwen eine Witwenrente erhalten. Dies ist einerseits der Fall, wenn sie Kinder haben. Andererseits wird eine Rente ausbezahlt, wenn sie im Zeitpunkt der Verwitwung keine Kinder haben, wenn die Witwen älter als 45 Jahre sind und mindestens seit fünf Jahre verheiratet gewesen war. Im Gegensatz dazu haben Witwer nur solange Anspruch auf eine Witwenrente, bis ihre Kinder 18 werden. Hier ist eine Ungleichheit da und sofort wird auf das Gleichstellungsgesetz hingewiesen. Das Gleichstellungsgesetz (GIG) trat in der Schweiz im Jahre 1996 in Kraft. Mit Hilfe dieses Gesetzes wird die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gefördert. Aufgrund des Gleichstellungsgedankens sollen identische Voraussetzungen für Witwen- und Witwenrenten geschaffen werden. Hier wird aber nicht wirklich gleichgestellt, wenn nur ein Bereich des Ganzen angeschaut und revidiert wird.

Gleichstellung bleibt ein frommer Wunsch

Mit der gleichen Logik, die schon bei der Vereinheitlichung des Rentenalters für Männer und Frauen verwendet wurde, will man jetzt die Witwenrente anpassen. Noch sind es Sparvorschläge. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Gleichstellung, je nach Sichtweise, die

eingenommen wird: Eine Angleichung der Renten durch einen Ausbau der Leistungen für Witwer oder einen Abbau der Leistungen für Witwen.

Der Bundesrat hat zwar eine Zwischenlösung gewählt, aber diese heisst auch Abbau der Leistungen für Witwen. Keller-Sutter skizzierte: Die Witwenrenten werden gekürzt und jene der Witwer etwas ausgedehnt. In Zukunft haben Witwer und Witwen Anspruch auf eine Rente, bis das jüngste Kind 25 Jahre alt wird. Neben dem Schweizerischen Gleichstellungsgesetz ist auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein Motor, Witwen und Witwer gleich zu behandeln. Im Diskussionspapier der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten auf der Seite equality.ch findet sich ein Auszug der EU-Richtlinien, die zwei Vorschläge machen. Eine Variante meint, dass Witwer zu gleichen Bedingungen wie die Witwen Anspruch auf Leistungen erhalten. So soll verhindert werden, dass eine negative Gleichstellung erfolgt und die Gleichbehandlung zu einer Verschlechterung des Leistungsniveaus führt. Eine weitere Variante schlägt die Aufhebung der Witwenleistungen vor und regt zur Schaffung eines neuen Systems an. Die für die Revision vorgeschlagene Lösung der Regierung entspricht keiner der beiden Varianten.

Realität der Frauen

Natürlich ist eine isolierte Betrachtung der Angleichung der Witwen und Witwenrenten eine Gleichstellung. Eine reduzierte Rentendauer hat aber für Frauen wie übrigens auch für Männer gravierende Folgen, wenn diese über eine veraltete oder gar keine Berufsausbildung verfügen. Auch der Unterbruch einer ausgeübten Erwerbstätigkeit ist nicht förderlich, nach Ablauf der Rentenansprüche wieder erfolgreich in die Arbeitswelt einzusteigen. Hier garantieren auch Weiter- oder Neuausbildung keine Arbeitsplätze. Was die Situation der Frauen gegenüber den Männern noch mehr erschwert, ist die traditionelle Rollenverteilung, so dass es prozentual mehr Frauen gibt, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der Kindererziehung unterbrochen haben. Richtige Gleichstellung geht anders als die hier vorgeschlagene negative Gleichstellung.

Wir gedenken unserem ehemaligen Lehrerkollegen, dem wachen Beobachter und feinen Menschen, dessen Schaffenskraft unvergessen bleibt.

Marc Rudin

29. September 1945 bis 7. April 2023

Wir vermögen das Leben nicht anzuhalten – die Grafik von Marc Rudin ist ein Zeitzeugnis. Marc Rudin setzte sich mit seiner Schaffenskraft, seinem Weitblick und seiner Menschlichkeit für die Vermittlung ästhetischer Werte ein. Damit prägte er den gestalterischen Ausdruck der jungen Menschen unserer Schule. Emotionen zu wecken, berührt zu werden, betroffen zu sein und damit teilzuhaben – das waren Marc Rudins Leidenschaft und Herzensangelegenheiten als Mensch, Grafiker und Lehrer. Er kombinierte Geduld mit Intensität und Verletzlichkeit mit Beharrlichkeit. Seine Arbeit als geschätzter Pädagoge, beliebter Lehrer und vorbildlicher Grafiker hinterlässt Spuren.

In stiller Trauer
Schulleitung, Kolleginnen, Kollegen,
Studierende und Lernende



Schule für Gestaltung Zürich
Ausstellungsstrasse 104, 8005 Zürich

Beilage zum 1. Mai 2023



Wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich

Sit. Dieses Jahr feiert Bertolt Brecht seinen 125. Geburtstag. Der Dichter und Kommunist vermittelt mit seinem Schaffen das kritische Denken und das Hinterfragen der bestehenden Verhältnisse – was heutzutage ein rares Gut geworden ist. Umso wichtiger ist es, Brecht als Mensch nicht sterben zu lassen.

«Warum bist du Kommunist geworden?», fragte einst ein junger Genosse Karli Palma. Karli, der pensionierte PdA-Genosse, der schon sein Leben lang in der Partei engagiert war, antwortete ihm: «Solange es auf dieser Welt Menschen gibt, die hungern müssen, stimmt doch was nicht. Und das ist Grund genug». Er machte eine kurze Pause, dann fügte er hinzu: «Und ich habe Bertolt Brecht gelesen.»

Nicht stehen bleiben

«Wer die Wahrheit nicht weiss, der ist bloss ein Dummkopf. Aber wer sie weiss, und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher». Dies ist eines der vielen berühmten Zitate von Bertolt Brecht, der dieses Jahr am 10. Februar seinen 125. Geburtstag feierte. Ja, feierte (und nicht: gefeiert hätte), denn wie der Kommunist und Dichter auch sagte: «Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt.» Und würde niemand mehr an Brecht denken, wäre diese Welt in einem noch schlimmeren Zustand, als sie eh schon ist.

Die Aktualität von Brecht ist seine Genialität. Diese besteht unter anderem darin, die Menschen zum Nachdenken zu bringen und mehr. Denn er fordert vor allem dazu auf, weiterzudenken, nicht stehenzubleiben. Der Sache also auf den Grund zu gehen. Zum Beispiel: Wer sind die Menschen, die die Wahrheit kennen, sie aber eine Lüge nennen? Woraus besteht genau diese Lüge? Von welcher Wahrheit ist die Rede? Und was genau ist das Verbrechen, dass sie begehen? Die Antworten auf diese Fragen führen zur Kritik, sowie zum Verstehen des Bestehenden.

Brecht vermittelt mit seinem Schaffen das kritische Denken, das Hinterfragen der Dinge. Und das ist ein rares Gut geworden in unserer Zeitepoche, in der kaum noch jemand etwas grundsätzlich hinterfragt – und unser Leben von einem etwa zwölf Zentimeter hohen und fünf Zentimeter breiten technischen Gerät diktiert wird. Brecht als Mensch nicht sterben zu lassen, heisst, das kritische Hinterfragen der Dinge anzuwenden und weiterzuvermitteln. Denn dies ist eine Voraussetzung, um das Bestehende zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Genau darum ging es Bertolt

Brecht. Mit seinem Schaffen hat er einen wertvollen Beitrag dazu geleistet – und wird es auch noch in Zukunft tun.

Sich der Selbstkritik stellen

Das kritische Hinterfragen und das Analysieren ziehen sich wie ein roter Faden durch die Werke von Bertolt Brecht. So sind sie auch in seiner Schrift «Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit» zu finden. Gleich zu Beginn hält er fest: «Der Schreibende soll sich nicht den Mächtigen beugen, er soll die Schwachen nicht betrügen. Natürlich ist es sehr schwer, sich den Mächtigen nicht zu beugen und sehr vorteilhaft, die Schwachen zu betrügen.» Sätze, die durch ihre Einfachheit bestechen, aber – bei vertieftem Nachdenken – das Machtgefüge und die Machtverhältnisse des Bestehenden aufzeigen. Entstanden ist diese Schrift während der Zeit des Hitlerfaschismus. Bezeichnend ist, dass er den Finger nicht nur auf das Böse richtet. Sondern in einer extrem schwierigen Zeit, auch zur Selbstkritik auffordert. Brecht schreibt: «Ebenso ist Mut nötig, um die Wahrheit über sich selbst zu sagen, über sich, den Besiegten. Viele, die verfolgt werden, verlieren die Fähigkeit, ihre Fehler zu erkennen. (...) Zu sagen, dass die Guten nicht besiegt wurden, weil sie gut, sondern weil sie schwach waren, dazu ist Mut nötig».

Der Dichter unterstreicht hier – ob gewollt oder nicht – eine Wahrheit, die Rosa Luxemburg so formuliert hat: «Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.» Sich der Selbstkritik zu stellen, ist eine Aufforderung an jener Linke, auf dessen Fahne noch die Überwindung des Kapitalismus steht. Der 1. Mai sollte auch der Tag sein, an dem die revolutionäre Linke (aber nicht nur) zumindest einen Moment lang über die Worte von Rosa und Bertolt nachdenken sollte – um dort aber nicht stehenzubleiben. Denn dies wäre das definitive Ende, wie Brecht uns lehrt.

Mit Marx einen Schritt weiter

«Genossen, bevor wir Sozialisten waren, waren wir Unglückliche», notiert sich einst Brecht. «Einen langen, mühsamen, von zahlreichen Kämpfen gepflasterten Weg

musste Brecht bis dahin zurücklegen», schreibt Mesut Bayraktar in seinem lesenswerten Essay «Hunger ist ein schlechter Koch» (siehe Seite 11). In seiner ersten Schaffensphase blamiert Brecht die Ideen der Herrschenden «durch die Konfrontation mit ihren Interessen». Doch ab Ende der 1920er-Jahre reicht ihm das nicht mehr und er ging einen bedeutenden Schritt weiter. Ein Wendepunkt in Brechts Leben und seinen Arbeiten war, als er sich mit den Schriften von Karl Marx auseinandersetzte. So hielt der Dichter und Kommunist in einer seiner zahlreichen Notizen fest: «Als ich ›Das Kapital‹ von Marx las, verstand ich meine Stücke. Man wird verstehen, dass ich eine ausgiebige Verbreitung dieses Buches wünsche.»

Eine Wahrheit des Kapitalismus

Genosse Brecht teilt sich die diesjährige traditionelle Beilage in der 1. Mai-Ausgabe des *vorwärts* hauptsächlich mit zwei beeindruckenden Arbeitskämpfen – er ist bestimmt nicht böse darüber. Der Streik im Baskenland hat mit seinen 1345 Tagen bereits Geschichte geschrieben (siehe Seite 13). Noch nie dauerte ein Arbeitskampf so lange. Brecht hätte bestimmt ein Theaterstück daraus gemacht.

Der andere Streik war bei Redaktionsschluss noch voll im Gange: LKW-Fahrer:innen weigern sich auf einem Autobahnparkplatz bei Darmstadt in Deutschland, weiterzufahren (siehe Seite 15). Dies, weil sie seit über 50 Tagen nicht bezahlt wurden. Wenn wir über diesen Streik etwas vertiefter reflektieren, landen wir wieder bei Brecht.

Der «Dummkopf», der die «Wahrheit nicht weiss», ist in diesem Falle die breite Masse der Bevölkerung. Sie soll auch möglichst wenig von Arbeitskämpfen mitbekommen. Denn je «dümmer», desto kleiner die Gefahr für die Herrschenden. Der Inhaber der Firma behauptet, die Zahlungen seien alle korrekt erfolgt. Er kennt die Wahrheit und nennt sie eine Lüge, indem er das Gegenteil der Tatsachen behauptet. Sein Verbrechen besteht darin, die LKW-Fahrer:innen bis aufs Blut ausbeuten zu wollen. Und so sind wir bei jener Wahrheit im Kapitalismus, die Brecht so festhält: «Wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich.»

Was ist ...

«Wir wollen die Leute nicht warten lassen. Meine Damen und Herren. Sie sehen den untergehenden Vertreter eines untergehenden Standes. Wir kleinen bürgerlichen Handwerker, die wir mit dem biedereren Brecheisen an den Nickelkassen der kleinen Ladenbesitzer arbeiten, werden von den Grossunternehmern verschlungen, hinter denen die Banken stehen. Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes? Mitbürger, hiermit verabschiede ich mich von euch.»

AUS DER
«DREIGROSCHENOPER»
VON BERTOLT BRECHT

Brecht beim Wort nehmen

dom. **Nach der Aktualität in Brechts Werk muss nicht lange gesucht werden. Seine Stücke sind alt, aber hochaktuell, weil sie die kapitalistische Produktionsweise angreifen, die bis heute wuchert und die bis heute dieselben Widersprüche produziert wie damals.**



Plakat zur Aufführung im Staatstheater Darmstadt aus dem Jahr 1988. Bild: wikipedia

In diesem Jahr wäre er 125 Jahre alt geworden. Verstorben ist er zwar bereits 1956, doch sein Werk hat ihn überlebt. Er ist zum Klassiker geworden. Seine Texte wer-

den bis heute weltweit gelesen, besprochen, interpretiert. Kaum jemand schafft es durch seine Schulzeit ohne Brecht. Spätestens bis zur Deutsch-Prüfung im Gymnasium ist hierzulande jede:r mit dem grossen Dichter und Denker in Berührung gekommen.

Das ist nicht nur ein Glück. In den 1960er-Jahren meinte Max Frisch, selbst ein grosser Bewunderer Brechts, dessen Werk habe die «durchschlagenden Wirkungslosigkeit eines Klassikers» erreicht. Das war weniger als Vorwurf gegen Brecht gemeint, als gegen dessen Rezeption, gegen seine Leser:innen, die ihn nicht beim Wort nehmen – doch was würde es eigentlich bedeuten, Brecht «beim Wort zu nehmen»?

Suppe und Bibelsprüche

Eines seiner Hauptwerke, «Die heilige Johanna der Schlachthöfe», behandelt eine Überproduktionskrise, wie sie für den Kapitalismus typisch ist. Es spielt auf den Viehhöfen und der Fleischbörse Chicagos, wo die Widersprüche eines weit entwickelten Kapitalismus verdeutlicht werden. Es wird zu viel Fleisch produziert, die Märkte sind verstopft, die Fleischfabrikant:innen finden für ihre Ware keine Abnehmer:innen mehr. Also fallen die Preise, sinken die Profite, werden Fabriken geschlossen und die Arbeiter:innen auf die Strasse gestellt.

Johanna, eine Heilsarmeeoldatin, will den verarmten, hungernden Arbeiter:innen der Fleischfabriken Gott näherbringen. Mit Suppe und Bibelsprüchen möchte sie helfen und sucht Kontakt zum führenden Unternehmer der Fleischindustrie, dem Fleischkönig Pierpont Mauler. Doch ihr Vorhaben, ihn zur Wiederöffnung der Fabriken zu überreden, muss scheitern: «Unverrückbar über uns / Stehen die Gesetze der Wirtschaft, unbekannte, Wiederkehren in furchtbaren Zyklen / Katastrophen der Natur!»

Reformismus

Als Johanna die Interessen der Fleischfabrikanten zu durchschauen beginnt, stellt sie reformistische Forderungen, die von ihrem christlichen Glauben inspiriert sind. Sie glaubt, mittels Lohnerhöhungen und besseren

Arbeitsbedingungen die Arbeiter:innen aus ihrem Elend holen zu können. Sie glaubt, dass aus den (in ihren Augen auch moralisch verwahrlosten) Lohnabhängigen bessere Menschen würden, wenn sie sich ihre Moral nur leisten könnten: «Denn warum ist diese Schlechtigkeit in der Welt? Ja, wie soll's denn anders sein! Natürlich wenn jeder seinem Nächsten wegen einem Stückchen Schinken aufs Brot mit einer Axt über den Kopf hauen muss ... Meine Herren, ich höre immer, dass die armen Leute nicht genug Moral haben, und das ist auch so ... Aber da frage ich Sie nur: Woher sollen sie denn eine Moral haben, wenn sie sonst nichts haben? Ja, woher nehmen und nicht stehlen? ... Heben Sie die moralische Kaufkraft, dann heben Sie auch die Moral. Und ich meine mit Kaufkraft etwas ganz Einfaches und Natürliches, nämlich Geld, Lohn.»

Mit ihrem Versuch, mittels kleiner Zugeständnisse des Kapitals aus den Arbeiter:innen gute Christ:innen zu machen, arbeitet sie dem Kapital zu. Für einen Moment verflechten sich die Interessen der Johanna und des Fleischkönigs Mauler. Denn dieser ist bestrebt, die von Johanna gepriesene christliche Moral zur Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse zu nutzen und Streiks und grössere Aufstände zu verhindern. Johanna durchschaut schliesslich auch dieses Interesse und stellt fest, dass sie ausgenutzt wurde: «Und wenn dann die arme bis aufs Blut gepeinigte Menschenkreatur sich nicht anders zu helfen weiss, als einen Prügel nehmen und ihn seinem Peiniger auf den Kopf hauen, dann macht ihr in die Hosen, ich hab's schon bemerkt, und dann wär die Religion wieder recht und soll Öl auf die Wogen giesen ... Wenn ich euch da oben helf, dann ist denen unter euch auch geholfen. Das ist so eine Einheit und wird am gleichen Strang gezogen, aber da war ich schön dumm. Wer denen, die da arm sind, helfen will, der muss ihnen, scheint's, von euch helfen.»

Eine Schaukel mit zwei Enden

Nach und nach erkennt Johanna die Funktionsweise des kapitalistischen Systems: «Ich sehe das System, und äusserlich ist's lang bekannt, nur nicht im Zusammenhang! Da sitzen welche, wenige, oben und viele unten, und die oben schreien hinunter: kommt herauf damit wir alle oben sind, aber genau hinsehend siehst du was Verdecktes zwischen denen oben und denen unten was wie ein Weg aussieht, doch ist's kein Weg sondern ein Brett, und jetzt siehst du's ganz deutlich's ist ein Schaukelbrett, dieses ganze System, ist eine Schaukel mit zwei Enden, die voneinander abhängen, und die oben sitzen oben nur, weil jene unten sitzen, und nur solange jene unten sitzen, und sassen nicht mehr oben wenn jene heraufkämen, ihren Platz verlassend, so dass sie wollen müssen, diese sassen unten in Ewigkeit und kämen nicht herauf. Auch müssen unten mehr als oben sein, sonst hält die Schaukel nicht.»

Doch das Stück endet tragisch. Johanna gelingt es nicht, aus ihren Erkenntnissen die letzte Konsequenz zu ziehen und eine radikale Praxis abzuleiten. Sie versäumt es, den Brief, der zum Generalstreik aufrufen soll, an den Führer der Arbeiter:innen weiterzuleiten. Der Streik scheitert, die Proteste werden niedergeschlagen, die Fleischindustrie kann sich stabilisieren, die Lohnabhängigen müssen Lohnkürzungen und Entlassungen hinnehmen.

Was lehrt uns die heilige Johanna?

Brecht beim Wort zu nehmen, kann nur heissen, die sein gesamtes Werk durchziehende Kapitalismuskritik ernst zu nehmen. Brecht gilt als Begründer des epischen Theaters, das brechen wollte mit reinen Unterhaltungszwecken. Theater sollte die grossen gesellschaftlichen Konflikte auf die Bühne bringen und das Publikum zwingen, eine kritische Distanz zum Gezeigten einzunehmen: Sind die gezeigten Mechanismen noch heute am Werk? Welche Bedingungen liegen gesellschaftlichen Entwicklungen zugrunde? Welche Interessen bestimmen den Gang der Geschichte? Und welche politischen Strategien führen zu welchen Ergebnissen?

Die heilige Johanna durchläuft einen Prozess, in dem ihr sowohl die Funktionsweise des kapitalistischen Systems als auch die falschen (beziehungsweise richtigen) Strategien zu dessen Überwindung bewusst werden. Sie durchläuft ihn stellvertretend für die Leser:innen, die nicht mehr erst christliche Missionar:innen oder Reformist:innen werden, oder diesen auf den Leim gehen müssen – sondern sich direkt radikalen Forderungen zuwenden können.

Mutter Courage

sit. **Die Marketenderin Anna Fierling zieht mit ihrem Planwagen und ihren drei Kindern während den Wirren des Dreissigjährigen Kriegs kreuz und quer durch Europa. Der Krieg ist ihr Geschäft. Das Theaterstück, das 1941 in Zürich uraufgeführt wurde, ist ein Mahnmal gegen Krieg und Kapitalismus.**

Das Eindrückliche an den Werken von Brecht ist ihre Aktualität, obwohl sie vor mehreren Jahrzehnten geschrieben wurden, so auch «Mutter Courage und ihre Kinder». Entstanden ist das Stück 1938/1939 während Brechts Exil in Schweden. Die Handlung spielt im Dreissigjährigen Krieg von 1618 bis 1648. «Bleibe es bei der Feststellung der historischen Bedingtheit des Stückes, so liesse sich kaum erklären, warum es zu den meistgespielten Werken Bertolt Brechts zählt. Es ist allerdings um Vieles mehr: Es ist ein allgemeingültiges, gegen den Krieg und gegen unmenschliche Profitsucht gerichtetes Gleichnis», ist auf der Website des Bayerischen Rundfunks zu lesen. Wie treffend formuliert und entsprechend erklärt, warum das Stück so topaktuell ist. Dies nicht nur mit Blick auf den Krieg gleich vor unserer Haustüre in der Ukraine: Für das Jahr 2021 erfasste das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) insgesamt 355 kriegerische Konflikte weltweit.

84 Jahre nachdem Brecht das Stück schrieb und die Barbarei des Faschismus Millionen von Opfer gefordert hat, sind wir offensichtlich keinen Schritt weiter. Mit «Mutter Courage und ihre Kinder» fordert uns Brecht auf, über diese Tatsache zumindest mal nachzudenken.

Spannungsfeld der Widersprüche

Mutter Courage ist die Marketenderin, also Händlerin, Anna Fierling. Sie zieht mit

ihrem Planwagen und ihren Kindern, den beiden Söhnen Schweizerkas und Eilif und ihrer stummen Tochter Katrin während des Dreissigjährigen Kriegs kreuz und quer durch Europa. Der Krieg ist ihr Geschäft – sie versorgt die Soldaten mit Gütern des täglichen Gebrauchs. In welchem widersprüchlichen Spannungsfeld sie sich dabei befindet, wird im ersten Akt (oder Bild, wie es Brecht nannte) klar: Als ihre beiden Söhne für den Krieg angeworben werden, bietet sie sich selbst zur Prostitution an, um Schweizerkas und Eilif vor dem Krieg zu retten. Vergeblich.

Krieg raubt ihre Kinder

Im Verlauf des Kriegs wird Schweizerkas erschossen, weil er die Regimentskasse nicht dem Feind übergeben wollte. Um sich, ihr Geschäft und ihre Tochter Katrin zu retten, verleugnet Courage ihren toten Sohn. Eilif wird in einer kurzen Friedensperiode für eine Tat hingerichtet, für die er in Kriegszeiten noch als Held gefeiert wurde. Und am Ende wird die stumme Katrin erschossen, weil sie durch Trommeln die Stadt Halle vor dem Einmarsch feindlicher Soldaten warnt. Nur schwer kann die Courage die Wahrheit fassen. Untröstlich verabschiedet sie sich von ihrem Kind, bezahlt das Begräbnis und zieht allein weiter dem Regiment hinterher. Dies in der Hoffnung, Eilif zu finden, denn sie weiss nicht, dass er bereits gestorben ist. Der Krieg, also ihr Geschäft, hat der Mutter alle drei Kinder geraubt.

Neutral im Krieg?

Mutter Courage ist davon überzeugt, dass man am Krieg besser verdienen kann als am Frieden. Ihr Geschäft, das Streben nach dem grösstmöglichen Gewinn bestimmt ihr Denken und Handeln. Im Verlauf der Handlung wird immer deutlicher, dass das Theaterstück eine schonungslose Kritik, ja ein Mahnmal gegen den Kapitalismus ist, der für den Krieg und das damit unvorstellbare Leid der Menschen verantwortlich ist.

Das Geschäft der Courage kennt keine Politik und keine Religion. Sie handelt mit Katholiken und mit Protestanten und ist daher – wenn man so will – neutral. Also so, wie es Schweden und die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs waren. Ist es ein Zufall, dass der Name einer der beiden Söhne auf das Wort «Schweizerkäse» anspielt? Wohl kaum. Vielmehr ist es eine unmissverständliche Botschaft an jene Länder, die mit ihrer angeblichen Neutralität vom Krieg profitierten.

Was zeigt und sagt uns «Mutter Courage und ihre Kinder» auch heute noch? Die Frage sei mit den Worten des grossen Dichters und Kommunist beantwortet: «Dass die grossen Geschäfte in den Kriegen nicht von den kleinen Leuten gemacht werden. Dass der Krieg, der eine Fortführung der Geschäfte mit anderen Mitteln ist, die menschlichen Tugenden tödlich macht, auch für ihre Besitzer. Dass er darum bekämpft werden muss.»

Hunger ist ein schlechter Koch

Mesut Bayraktar. **Zuerst blamiert er die Ideen der Herrschenden durch die Konfrontation mit ihren Interessen. Dann ging er einen entscheidenden Schritt weiter. Zum 125. Geburtstag von Bertolt Brecht, Kommunist und Dichter.**

Selten sieht man den marxistischen Dichter so gelassen und erfüllt. Bertolt Brecht steigt in einen Festwagen, neben ihm die Schauspielerinnen und Weggefährtin Helene Weigel. Unmittelbar hinter ihnen ist überdimensional das kreisrunde Signet des Berliner Ensembles, das sich heute als Leuchtreklame auf der Turmspitze des Theaters am Schiffbauerdamm dreht. Vor wenigen Monaten übernahmen sie und ihre Mitarbeiter die Leitung des Theaters. Brecht trägt ein abgewetztes Hemd, bis zum Hals zugeknöpft und mit breiten Taschen an den Seiten. Die rechte ist offenbar von einem Gegenstand beschwert. Mit einer Schiebermütze in der Hand hebt er den rechten Arm zum Gruss. Unter seinem dünnen Schnurrbart zeichnet sich ein Lächeln ab, bei Weigel ist es unübersehbar.

In diesem Augenblick drückt am Karl-Marx-Platz in Ost-Berlin Horst Sturm, der noch einer der erfolgreichsten Fotografen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) werden sollte, auf den Auslöser seiner Analogkamera. Ein Schwarz-Weiss-Bild entsteht. Es ist Fest- und Kampftag, der 1. Mai 1954, und die Künstler:innen des Berliner Ensembles befinden sich in den Reihen des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft durch die arbeitende Klasse.

Zu diesem Zeitpunkt steht seine gesamte Arbeit im Zeichen des Friedens, auch ausserhalb des Theaters. Vor seinem Tod am 14. August 1956 protestierte er als Staatsangehöriger der DDR gegen den Beitritt der Bundesrepublik in die Nato. An den Präsidenten des Deutschen Bundestags in Bonn schrieb er einen Brief gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Einen langen, mühsamen, von zahlreichen Kämpfen gepflasterten Weg musste Brecht bis dahin zurücklegen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er schon einen festen Platz als anerkannter Kommunist und Dichter in der revolutionären Arbeiter:innenbewegung.

Krieg und Revolution

Bedeutsame Werke in der Literatur erhalten ihre Verbindlichkeit durch die Denkvoraussetzungen, die aus den Klassenkämpfen ihrer Zeit hervorgehen. Für den am 10. Februar 1898 in Augsburg geborenen Bertolt Brecht sind das imperialistische Gemetzel im Ersten Weltkrieg und die Niederschlagung der Novemberrevolution 1918/19 durch die Kollaboration der Sozialdemokratie mit protofaschistischen Freikorpsgruppen die ersten einschneidenden Erfahrungen. Der junge Dichter wurde im Oktober 1918 als Lazarettsoldat eingezogen. Einen Monat später wählten ihn die Aufständischen im Zuge der Novemberrevolution zum Mitglied des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats. Diese Erlebnisse und Eindrücke münden in seinem Theaterstück «Trommeln in der Nacht», das 1922 in München uraufgeführt wurde. Es ist Brechts erstes Stück auf der Bühne.

«Trommeln in der Nacht» handelt vom vermissten Kriegsheimkehrer Andreas Kragler, der sich kurz dem Spartakusaufstand in Berlin anschliesst, sich aber dann endgültig für seine Verlobte Anna Balickes entscheidet. Ein schäbiger und nutznießerischer Umgang mit den Revolutionären. Das kleinbürgerliche Privatglück erstickt das Klassenbewusstsein. Es enthält die versteckte Analyse: Das deutsche Proletariat war in seiner Breite noch nicht reif für den sozialistischen Umsturz.

«Glottz doch nicht so romantisch!» wird die provokante und berühmte Parole nicht nur für Brechts Angriff auf das bürgerliche Einfühlungstheater und den vorherrschenden Illusionismus in der Literatur. Sie markiert auch seine frühe Ablehnung gegenüber politischem Idealismus und der Revolutionsromantik schlechthin. Die Revolution ist notwendig, das erkannte Brecht durchaus. Dass die Geschichte der kapitalistisch formierten Gesellschaft sich real in Klassenkämpfen vollzieht, dazu fehlten ihm noch die Einsichten durch das historische Material und ein Begriff von materialistischer Dialektik. Den vollen Ernst der Erhebung hatte er nicht realisiert. Über die russische Revolution und die Bolschewisten wusste er noch nichts Genaues.

Dennoch werden Krieg und Revolution ein Leben lang die zentralen Themen von Brecht sein, noch ehe er sich eine systematische Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Produktionsweisen angeeignet hat. Jahre später wird er rückblickend notieren: «Genossen, bevor wir Sozialisten waren, waren wir Unglückliche.»

Was du siehst, ist nicht alles

Mit dem grossen Erfolg der ersten Bühnenaufführung, verbürgt vom ästhetischen Urteil des Theaterkritikers Herbert Ihering im Berliner Börsen-Courier, zog



Helene Weigel und Bertolt Brecht. Bild: zVg

Brecht 1924 nach Berlin. Er begann gemeinsam mit dem Schriftsteller Carl Zuckmayer eine Tätigkeit als Dramaturg für Max Reinhardt am Deutschen Theater. Das Handwerk, mit Sprache Realität zu durchdringen, beherrschte er bereits. Noch wendete er aber in seiner Dichtung die sittlichen Massstäbe der bürgerlichen Ordnung gegen die gesellschaftliche Realität derselben, ohne konkrete Auswege in Aussicht zu stellen. Daran litt er, dass er die Selbstwidersprüche der Bürgerlichen nicht anders als mit poetischen Volten schlagen und bissiger Komik beklagen konnte.

Sein Theaterstück «Die Dreigroschenoper» (1928) steht exemplarisch dafür. So fragt auf der einen Seite die Prostituierte Jenny: «Wovon lebt der Mensch?» Und der zum Bürger werdende Gangster Macheath erklärt selbstbewusst und wendet sich unmittelbar an das Publikum: «Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. / Erst muss es möglich sein auch armen Leuten, / Vom grossen Brotlaib sich ihr Teil zu schneiden.» Es scheint, man müsse den gesellschaftlich produzierten Reichtum nur vernünftig umverteilen, nämlich auch zugunsten jener, die man nicht sieht: «Denn die einen sind im Dunkeln.» Brechts Konzept des epischen Theaters kommt erstmals zum Einsatz. Mit Verfremdungseffekten, wie solchen Liedern, wird eine Identifikation des Zuschauers mit der Figur verhindert. Das erzeugt eine kritische Distanz: Denk darüber nach, was du hörst, was du siehst, was du tust.

Entgegen solchen Manifesten materialistischer Moralkritik sind im selben Stück auf der anderen Seite Zeilen wie in der Ballade «Seeräuber Jenny» zu finden, die die Kritik mit einer revolutionären Lösung verbinden. Jenny erwartet den Tag, an dem ein Schiff mit acht Segeln und fünfzig Kanonen kommt und die Stadt beschiesst wird. Nur das Hotel, in dem sie die Wohlständigen bewirbt, soll verschont werden. Und sobald sie von den Befreier gefragt wird: «Welchen sollen wir töten?», werden die Herren sie sagen hören: «Alle!». Dann wird das Schiff «entschwinden mit mir». Der Umsturz wurde vollzogen, wenn auch in der träumerischen Sehnsucht Jennys. Doch das revolutionäre Subjekt tritt von ausserhalb in das Geschehen ein, anonym, beutelüstern, chiliastisch – eine eindrückliche Warnung an die bürgerliche Klasse. Vielleicht ist gerade wegen solcher Apelle dieses Stück bis heute ein Liebling der Bürgerlichen geblieben. Denn der Adressat der mahnenden Worte sind vornehmlich die Herrschenden. Er blamiert ihre Ideen durch die Konfrontation mit ihren Interessen. Ab Ende der 1920er-Jahre reicht ihm das nicht mehr.

Vorwärts, und nicht vergessen

Aufgrund des Plans, ein Stück über die Börse zu verfassen, las er Karl Marx. In den zahlreichen Notizen und Exzerpten stellt Brecht unter anderem fest: «Als ich «Das Kapital» von Marx las, verstand ich meine Stücke. Man wird verstehen, dass ich eine ausgiebige Verbreitung dieses Buches wünsche.» Er findet die weltanschaulichen Parameter seiner Literatur bei Marx, dem «einzige(n) Zuschauer für meine Stücke. Denn einen Mann mit solchen Interessen mussten gerade diese Stücke interessieren. Nicht wegen ihrer Intelligenz, sondern wegen der

seinigen. Es war Anschauungsmaterial für ihn.» Nicht nur für ihn.

Brechts Hinwendung zum Marxismus gab seiner Dichtung einen konkreten Boden. Seine Kritik bekam Zähne. Die Erkenntnis reifte, dass in der proletarischen Revolution die Hauptaufgabe der imperialistischen Epoche besteht. Das Marx-Studium hatte ihn gelehrt, dass der Sozialismus die historische Alternative des Kapitalismus ist. Nicht nur die Blamage der Herrschenden, vor allem die reale Notwendigkeit rollt den Ariadnefaden für die Freiheit der Beherrschten ab.

Erst mit der Weltwirtschaftskrise 1929 und des damit drohenden inneren Kollapses des Kapitalismus, was Hitler und den Faschismus für die Bürgerlichen auf den Plan rief, schlägt Brecht den Weg zum kommunistischen Dichter ein. Er zieht Konsequenzen, zu denen ihn seine Dichtung und das Marx-Studium drängten. Markant steht hierfür das «Solidaritätslied». Zwischen 1929 und 1931 ist es als ein Arbeiter:innenlied für seinen Film «Kuhle Wampe» geschrieben worden. «Unsre Herrn, wer sie auch seien / Sehen unsre Zwietracht gern / Denn solange sie uns entzweien / Bleiben sie doch unsre Herrn.» Unumwunden werden die Unterdrückten und Ausgebeuteten angesprochen, nicht von aussen, sondern selbstermächtigend direkt aus ihrer Mitte. Der Refrain «Vorwärts, und nicht vergessen» schliesst die Strophen zu einer vielhändigen Faust zusammen. Und das im Reim eingefangene Schlusswort des Refrains wird zur Kampfgeste: «Die Solidarität!». Sie ist der Kompass des wissenschaftlichen Sozialismus.

Im fünfzehnjährigen Exil ab 1933 wird Brecht endgültig sein literarisches Programm im Einklang mit der elften Feuerbach-These von Marx entfalten: Nicht nur Unrecht und Ausbeutung zu benennen, sondern vom Standpunkt der arbeitenden Klasse das System des Unrechts und der Ausbeutung zu bekämpfen. Seine grossen literarischen Werke und die theoretischen Aufsätze entstehen.

Mit dem Hunger fängt es an

Wladimir I. Lenin wird die Aussage zugeschrieben, im Sozialismus könne jeder erstbeste Koch den Staat regieren. Folgerichtig müsse der sozialistische Staat wie eine gut funktionierende Küche aufgebaut werden. Das Prinzip ist einfach, nur ist es schwer zu machen, doch immerhin machbar.

Im Kapitalismus ist die Machbarkeit selbst schon nicht vorhanden. Hier ist der Staat keine Küche, sondern Garant für die Existenz des Hungers und unerbittlicher Wächter der Klassengesellschaft. In dem erstaunlich wenig bekannten und bis heute von Bürgerlichen verhassten «Me-ti. Buch der Wendungen», das aus Brechts Nachlass herausgegeben wurde, wird die Pointe Lenins in kapitalistische Ökonomien übersetzt: «Hunger ist ein schlechter Koch.» Hier ist jede:r auf sich selbst zurückgeworfen. Wenn der Hunger regiert, ist kein Platz für die Vernunft, und doch ist der Hunger der Stachel, der die Vernünftigen und Leidenden bewegt, ihn zu beseitigen. Der 1. Mai hebt das revolutionäre Potenzial von Brechts Werk grell hervor: Es wird nicht bleiben, wie es ist.



Für Frieden in Gerechtigkeit und Würde. Solidarisch mit jenen, die danach streben. Dafür steht die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) seit ihrer Gründung. Werde aktiv in der SFB und hilf mit, dass Kriege und Militärkonflikte der Vergangenheit angehören:

www.friedensbewegung.ch

übersetzungen türkisch-deutsch/deutsch-türkisch, anerkannt von türkischem Konsulat und Schweizer Behörden
Beratung Sozialversicherungen, Ausländerrecht
Buchhaltung
Steuererklärungen

übersetzung & beratung



turhan firat | oberer graben 42 | 9000 st. gallen
 071 223 17 15 | 079 229 42 86 | turhan@swissonline.ch

Pfingsten 26. -29. Mai 2023 in Winterthur

Treffen gegen die Stadt der Reichen



Solidarität statt Vertreibung - Gemeinsam gegen die kapitalistische Aufwertung unserer Städte!

Fr. 26.5. 20:00 Stadtpark: Demo gegen Gentrifizierung & Vertreibung
 Sa. 27.5. Diskussionen- Ausstellung- Infotische- Konzerte ...
 So. 28.5. Ausflüge- Aktionen- Theater ...
 Mo. 29.5. Abschluss

wohnraumverteidigen.noblogs.org



PdA
 » Partei der Arbeit Aargau
www.pda-ag.ch

Leisten Sie sich eine pointiert linke Zeitung am Puls von Zürich – mit Recherchen, Kultur und Meinung.

P.S. pszeitung.ch/abo

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

Esperanto

Kurs in Bern

Jeden Dienstag nach Absprache.
dieter.rooke@vtxmail.ch



Vietnam im Herzen Interessiert?

vsv-asv.ch | info@vsv-asv.ch
 Tel. 044 462 20 03 | Goldbrunnenstr. 131 | 8055 Zürich
 IBAN CH82 0900 0000 8004 2705 3

SOZIOLOGIE. POLITIK. GESCHICHTE. KULTUR.
 FEINE ROMANE. SCHÖNE BIBLIOTHEKEN. WORLDMUSIC.



COMEDIA BUCHHANDLUNG

mit E-Shop · Katharinengasse 20 · 9004 St. Gallen
 Tel. 071 245 80 08 · www.comedia-sg.ch · medien@comedia-sg.ch

LORRa



rollit!

Unterstütze unser Crowdfunding für ein Studio auf Rädern!

studiobus.lora.ch




MEHR ALS EINE WAHL FÜR EINEN RADIKALEN WECHSEL

Wahlprogramm 2023
 Partei der Arbeit Zürich



spazo
 Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich
www.sans-papiers-zuerich.ch

40'000 Sans-Papiers Frauen arbeiten als Hausarbeiterinnen in Privathaushalten. Sie putzen, waschen, bügeln, betreuen Kinder oder pflegebedürftige Personen - oft in extrem ausbeuterischen Verhältnissen. Aus Angst entdeckt und ausgeschafft zu werden, fordern sie ihre Rechte nicht ein.

Eine saubere Sache?




Spenden auch online möglich!

PC 85-482137-7
 IBAN CH70 0900 0000 8548 2137 7

Wir bieten kostenlose Beratung und Unterstützung für Sans-Papiers. Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie unser Engagement.
 Vielen Dank!



INTER Comestibles

GEGEN DEN DURST

Binzstrasse 23, 8045 Zürich, 044 274 10 10, intercomestibles.ch

Längster Streik Europas erfolgreich beendet

Ralf Streck. **Nach 1345 Tagen haben die Novaltia-Beschäftigten im Baskenland Lohnerhöhungen von bis zu 34 Prozent erkämpft und sie werden zudem mit 9500 Euro entschädigt. Auch erhalten sie rückwirkend 60 Urlaubstage – ein wichtiger Sieg, der Geschichte schreibt.**

Es ist geschafft. Der definitiv längste Streik Europas ist vorbei. Den Sieg Ende März wird die Belegschaft der Novaltia-Filiale im baskischen Bilbao am 1. Mai auf der Strasse gebührend feiern. Schon vor einem Jahr hatte der *vorwärts* über den langen Streik in der Logistikfirma berichtet, der damals bereits mehr als 1000 Tage andauert hatte. Die gut 20 Beschäftigten, die 2019 mit ihrem Ausstand begannen, kamen schliesslich auf 1345 Tage, drei Jahre und acht Monate. Damit konnten sie die 1336 Tage der Betriebsbesetzung der Tee-Firma Fralib in Frankreich toppen, was bisher als der längste Streik gehandelt worden war.

Das Unmögliche möglich gemacht

Wie in der französischen Provence hatte auch die spanische Novaltia, ein Zusammenschluss von Apotheken mit der Rechtsform einer Kooperative, die Rechnung ohne ihre Beschäftigten gemacht. Wie die der heutigen Kooperative Scopli, die ihren Tee seit 2014 unter der Marke «1336» vertreiben, haben auch die Novaltia-Beschäftigten in Bilbao auf ganzer Linie gewonnen. Fast vier Jahre mussten sie dafür hart kämpfen und eine Achterbahnfahrt der Gefühle durchmachen. «Wir hatten eine Entscheidung getroffen: Wir wollten der prekären Beschäftigung ein Ende setzen», erklärt die junge Streikführerin Helka Fernández (31) das hochgesteckte Streikziel. Der Betriebsrat Ibai Carranza fügt hinzu: «Niemand hatte einen so langen Streik erwartet und gewollt. Doch das Ergebnis zeigt, dass das Unmögliche doch möglich ist.»

Zentrales Ziel erreicht

Es musste ein «zufriedenstellendes» Ergebnis her. Der Kampf sei vor allem in den letzten Monaten sehr hart geworden, «da wir nicht wussten, ob es eine Lösung geben würde oder wie lange wir noch in dieser Situation sein würden», berichtet der Lagerchef Carranza. Es wurde allerdings ein «gutes Ergebnis» erkämpft, sind sich Carranza, Fernández und die Gewerkschaft «Baskische Arbeitersolidarität» (ELA) einig, die den Streik von Beginn an unterstützt hat.

Zwar habe die Belegschaft den Ausstand längst einstellen wollen, doch die Gewerkschaft drängte auf «ein gutes Ergebnis». Die Unterstützung der ELA war sehr konkret: Sie hat die Streikenden die gesamte Zeit über durch ihre «Widerstandskasse» finanziert. Es sollte ein weiteres Zeichen an halsstarke Unternehmer geben. «Um jeden Preis wollten wir nicht beenden» fügt der ELA-Betriebsrat Carranza an.

Die Resultate können sich sehen lassen. So wurde das zentrale Ziel erreicht, wieder einen eigenen und würdigen Tarifvertrag zu erkämpfen. Denn Novaltia hatte den Basken nach der Übernahme durch Aragofar aus Aragon einseitig den schlechten spanischen Tarifvertrag aufgezungen. Das war über eine Arbeitsmarktreform der rechten Vorgängerregierung unter Präsident Mariano Rajoy möglich geworden. Die sozialdemokratischen Nachfolger unter Pedro Sánchez hatten versprochen, sie komplett streichen. Stattdessen wurde sie im vergangenen Jahr aber zu 95 Prozent konsolidiert, was naturgemäss die Vereinigungen der Arbeitgeber:innen jubeln liess. Auch deshalb zog sich der Arbeitskampf in die Länge.

Markante Lohnerhöhungen

Mit dem Streik wurden nun aber Lohnerhöhungen von fast 34 Prozent für untere Lohngruppen erkämpft. Längst besser bezahlte Beschäftigte erhalten immerhin noch einen Aufschlag von fast 27 Prozent. Vor allem neuere Arbeiter:innen litten unter einer eingeführten doppelten Lohnskala. Dass für gleiche Arbeit sehr unterschiedliche Löhne gezahlt wurden, wollte auch Ibai Carranza nicht einsehen, obwohl er relativ gut verdiente. Fernández, die im Lager tätig ist, musste dagegen bis zum Streikbeginn im teuren Bilbao von 927 Euro im Monat leben. Sie sagt: «An Kinder brauchte ich nicht einmal zu denken.» Und für dieses Geld, für das man gerade eine Wohnung mieten kann, sollte sie «sogar noch am Wochenende antreten, zudem ohne Zuschläge». Dass Novaltia die Schrauben immer weiter anzog, brachte das Fass auch für die junge Frau zum Überlaufen, erklärt sie. Und dies ist auch der Hauptgrund, warum drei Viertel der Beschäftigten in der Produktion in Bilbao in den Streik traten. Die Lage hat sich für Fernández deutlich verbessert. Sie erhält nun ein Jahresgehalt von 22500 Euro, 1607 Euro im Monat in den hier üblichen 14 Gehältern. Das Ziel von 24000 Euro Jahresgehalt wurde damit nur knapp verfehlt.

Pro Streiktag ein Euro für die Gewerkschaft

Verstärkt wird der Abschluss zudem durch eine Entschädigung der Firma für die Kämpfer:innen in Höhe von fast 9500 Euro. Die konnten mit dem Geld nach dem Erfolg Ende März zunächst in den wohlverdienten Urlaub fahren, den sie sich jahrelang nicht leisten konnten. 60 Urlaubstage haben sie rückwirkend für 2021 und 2022 erkämpft. Man habe sich mit der Firma darauf geeinigt, diesen alten Urlaubsanspruch sofort zu nehmen. Deshalb wissen weder Carranza noch Fernández, wie es sich anfühlt, wieder arbeiten zu gehen, statt jeden Tag vor einer Mitglieds-Apotheke zu protestieren.

Novaltia hat sich gegenüber dem Streik-Komitee und ELA auch verpflichtet, keine Repressalien gegen die Streikenden zu ergreifen, wie Versetzungen, Herabsetzungen oder Kündigungen. Letztere sind weiter einfach und mit niedrigen Abfindungen möglich, da auch an den Punkten der rechten Arbeitsmarktreform nicht gerüttelt wurde.

Wichtig war auch die Geste, dass Novaltia für jeden Streiktag einen symbolischen Euro an die Streikkasse der Gewerkschaft zahlen muss. Ohne diese ELA-Kasse und deren Unterstützung wäre dieser Kampf unmöglich geworden – diesbezüglich sind sich die Beschäftigten einig. Die Gewerkschaft hatte auch viele juristische Erfolge erkämpft. Immer wieder wurde Novaltia zum Beispiel zu Geldstrafen von bis zu 120000 Euro verurteilt, weil das Streikrecht über Streikbrecher:innen ausgehebelt wurde. Auch das zog den Arbeitskampf in die Länge. Streikkassen sind in Spanien bei den grossen Gewerkschaften CCOO und UGT unbekannt. Die setzen statt auf Arbeitskampf auf Sozialpaktgespräche und sind statt von den Beiträgen der Beschäftigten vor allem von Staatssubventionen abhängig.

Durchhalten können

Die grösste Gewerkschaft im Baskenland scheut dagegen keinen Konflikt im Betrieb oder in sozialen Fragen auf der Strasse. So führte sie auch einen Generalstreik im Baskenland für würdige Renten an. Die 1911



Bis zum historischen Sieg waren zahlreiche Aktionen notwendig. Bild: Ralf Streck

von Christdemokraten gegründete Gewerkschaft, hat inzwischen ideologisch die kleinere sozialistische baskische LAB links überholt. Die Kampfkraft der Beschäftigten sei die einzige Garantie, «um die Unternehmen zu wirklichen Verhandlungen zu zwingen», erklärt der ELA-Chef Mixel Lakuntza und bedankte sich für den Einsatz der Novaltia-Beschäftigten. «Man kann nie vorhersagen, wie lange ein Streik dauert, deshalb ist die Aufgabe der Gewerkschaft, vorbereitet zu sein, um durchhalten zu können.»

ELA hat Erfahrung mit langen Streiks. Mehr als zwei Jahre wurde der deutsche Schleifmittelhersteller Pferd-Rüggeberg bestreikt. Willkürliche Kündigungen von zwei schwangeren Frauen wurden dadurch rückgängig gemacht. Mut gemacht hatten den Novaltia-Beschäftigten auch Streiks anderer Belegschaften. So hatten Reinigungskräfte im Guggenheim-Museum von Bilbao fast ein Jahr erfolgreich gestreikt. Nach fast zwei Jahren hatte kürzlich auch die Beschäftigten von Zuloaga Vulcanizados einen Haustarifvertrag mit ELA erkämpft und damit eine «unersättliche Unternehmerschaft» in die Schranken gewiesen.

Rekord bei Morden am Arbeitsplatz

Gerhard Feldbauer. **Mit zwölf Todesfällen in 24 Stunden: Am 13. April haben die Unfälle am Arbeitsplatz in Italien einen neuen, traurigen Rekord erreicht. Die Gewerkschaft Unione Sindacale di Base fordert die Einführung des Tötungsdelikts am Arbeitsplatz in die Strafgesetzgebung.**

Zwölf Tote bei der Arbeit an einem Tag, am 13. April 2023. Mit den jüngsten Massakern am Arbeitsplatz in diesem Jahr bereits 289 Arbeiter:innen zum Opfer gefallen. Bei dieser zunehmenden Dynamik handele es sich in den meisten Fällen um «vermeidbare Todesfälle», wie im Bericht der Unione Sindacale di Base (USB) zu lesen ist.

Schreckliche Normalität

Im Bericht werden verschiedene Todesfälle geschildert, um die Tragödie sichtbar zu machen: Ein 58-jähriger Arbeiter verblutete, nachdem er auf der Provinzstrasse Terlizzi-Molfetta mit seinem Traktor umgekippt war. Ein Arbeiter in Brienza in der süditalienischen Region Basilicata starb, als der Lastwagen, auf dem er in einem Steinbruch arbeitete, umkippte. «Noch schlimmer ist es, wenn der Arbeiter ein Ausländer ist, was dazu führt, dass unzumutbare Arbeitsbedingungen akzeptiert werden müssen», ist im Bericht weiter zu lesen. Genannt wird das Beispiel von Drame Ibrahima, einem 25-jährigen Arbeiter, der in Teramo vom Gerüst gefallen ist. Empörung erregte der Tod von zwei Gärtnern, die beim Einsturz einer Plattform in einem Golfclub bei Mailand ums Leben kamen. Die Golfer:innen des Clubs spielten weiter, so als wäre nichts geschehen, während die Leichen der beiden Arbeiter geborgen und ein schwer verletzter 21-jähriger Lehrling gerettet wurde.

Die Ursachen, so der USB-Bericht, haben eine traurige Logik, die sich ständig wiederholt: Stürze aus grosser Höhe, die durch

angemessene physische Barrieren oder auf jeden Fall dank Gurten und individuellen Absicherungen vermieden werden könnten. In der Landwirtschaft gibt es viele Todesfälle durch das Umkippen von Fahrzeugen, die normalerweise mit Schutzbügeln ausgestattet sein müssten, um Quetschungen des Fahrers zu vermeiden.

«Wir müssen auch beachten», so der Bericht weiter, «wie viele der arbeitsbedingten Todesfälle über 60-jährige Arbeiter:innen betreffen, was eine direkte Folge der Rentenpolitik unseres Landes und der allgemeinen Alterung der Bevölkerung ist. Die Arbeiter:innen in Italien werden immer älter und sterben immer häufiger!» Der Bericht hebt aber auch hervor, dass jeden Tag auch junge Menschen während der Aus- und Weiterbildung ihr Leben verlieren bei der Arbeit. Alle diese Todesfälle sind nichts Aussergewöhnliches, sondern sind Teil der schrecklichen Normalität, in der die Arbeiter:innen jeden Tag leben müssen.

Folgen des kapitalistischen Systems

Bereits in den vergangenen Jahren hat die USB die Verbrechen der Unternehmer am Arbeitsplatz entlarvt. So 2022 in einem gemeinsamen mit dem Netzwerk «Sociale Interventione und Demokratische Initiative» (SIDE) verfassten Bericht. Das 2008 gegründete soziale Zentrum ist landesweit vielseitig zur Verteidigung und Förderung der Rechte der arbeitenden Menschen tätig, die in pre-

kären und schwierigen Situationen leben müssen. Der Bericht schätzte schon damals ein, dass es sich um keine tragischen unvorsichtigen Unfälle handelt. Viel mehr seien sie «ein Ergebnis des herrschenden kapitalistischen Systems». Ein System, das «vollständig auf Profit und Ausbeutung ausgerichtet ist», in dem Schutz und Sicherheit am Arbeitsplatz ein «unnötiger Kostenfaktor» ist, der den Gewinn schmälert. An der Spitze des Mordes am Arbeitsplatz stehen die industriellen nördlichen Regionen, die als die produktivsten gelten, und am stärksten betroffen sind.

Gesetz auf die lange Bank geschoben

Schon 2022 forderte die Gewerkschaft USB, den Tatbestand der Tötung am Arbeitsplatz in das Strafgesetzbuch einzuführen. Nur so könne auf die Unternehmer eingewirkt werden, Massnahmen zur Sicherheit am Arbeitsplatz zu ergreifen. Der Abgeordnetenkammer liegt ein in Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der Mitte Links-Gruppe «Manifest A» ein entsprechender Gesetzentwurf vor, der die Einführung des Tatbestandes des Verbrechens der Tötung und der schweren Körperverletzung am Arbeitsplatz vorsieht. Nachdem er unter der Regierung des früheren Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi verschleppt wurde, setzt die von der Mehrheit der von Ministerpräsidentin Meloni angeführten faschistischen Koalition diese Praxis fort.

VUA
 Vereinigung
 unabhängiger
 Ärztinnen, Ärzte
 und Medizinstudierender

für ein gerechtes
 und soziales
 Gesundheitswesen

email •• sekretariat@vua.ch
 web •• www.vua.ch

Das Forum für ÄrztInnen & MedizinstudentInnen mit einem kritischen Blick auf die Medizin - Eine Stimme gegen neoliberalen Mainstream und für eine solidarische Gesundheitspolitik. • Besuche unsere Website für Informationen zu Publikationen und Diskussionsabenden!

**Spende
 eine Frauen-
 demo.**



SOLIFONDS
 Für soziale
 Bewegungskämpfe
 solifonds.ch/spende



**Arbeit
 Bildung
 Integration
 für alle**



SAH ZENTRALSCHWEIZ

RESTAURANT
CAFÉ ZÄHRINGER



ANTI
 ANTIKAPITALISTA

SEIT 42 JAHREN KOLLEKTIVISTISCH VERANLAGT

Buchhandlung im Volkshaus
 Stauffacherstrasse 60
 8004 Zürich
 Telefon 044 241 42 32
 www.volkshausbuch.ch
 info@volkshausbuch.ch

Politik, Psychoanalyse, Literatur
 Marx, Freud, Jelinek

grundrechte.ch

Weiterhin: Stelle dein Einsichtsgesuch in die
Geheimakten des Nachrichtendienstes NDB !



verein grundrechte.ch • Postfach • 3001 Bern
 https://grundrechte.ch • info@grundrechte.ch

**Katastrophe ...
 oder
 Zukunft?**



18. Juni
 zum
**JA KLIMA-
 SCHUTZ-
 GESETZ**

**umverkehrR
 Zukunft inkl.**

Die **Vereinigung Schweiz-Cuba** ist empört, wie «unsere» Medien über Kuba, Venezuela und andere Länder berichten, die sich nicht dem Diktat der USA und ihren Vasallen unterwerfen.
 Wir fordern eigenständige und faire Berichterstattung statt die unkritische Übernahme von in Washington vorfabrizierten Verdrehungen und Lügen, die zu Hass, Elend und Krieg führen.
 Die völkerrechtswidrige Blockade der USA gegen Kuba erfordert von der Völkergemeinschaft endlich Taten statt nur verbale Verurteilung während der jährlichen UNO-Vollversammlung!

**Vereinigung Schweiz-Cuba
 Sektion Basel
 4000 Basel**

Information: www.cuba-si.ch
 Herzlichen Dank für Spenden via QR →
 oder IBAN CH69 0900 0000 4002 4767 6



Mehr Mut!

Gemeinsam organisieren -
 gemeinsam Arbeitsbedingungen verbessern!



**GEMEINSAM
 service public**

vpod zürich
 Die starke Gewerkschaft im Service public

Einkaufen im Untergrund seit 17 Jahren
 Foodcoop im Herzen der Stadt

- + flexible Gemüseabos
- + mehr direkt vom Hof und Produzent*innen
- + Einkaufsgemeinschaften
- + eigene Velokurier*innen
- + alles für den täglichen Gebrauch

Mittwoch und Freitag offen von 16-20h
 Neuanmeldungen unter tor14.ch
 Bäckerstrasse 52, 8004 Zürich



TOR14

Streik auf dem LKW-Parkplatz

Gaston Kirsche. **LKW-Fahrer:innen eines polnischen Konsortiums gingen Ende März bei Darmstadt in Südhessen in den Streik, weil sie nicht bezahlt wurden. Eine Schlägertruppe, angeheuert vom Firmeninhaber, versuchte den Streik zu beenden – erfolglos. Die Streikenden können auf eine wachsende Solidarität zählen.**

Ein grosser, gepanzerter Wagen, martialisch aussehende Männer in Uniform – am 7. April spielten sich auf dem Autobahnparkplatz Gräfenhausen an der A5 bei Darmstadt bedrohliche Szenen ab. Die kleine Truppe mit Panzerwagen gehörte zu Rutkowski Patrol, einer polnischen Wachschutzfirma. Den Eigentümer der Firma, Krzysztof Rutkowski, kennt man in Polen als Reality-TV-Star und schillernde Social-Media-Figur – und wohl auch als eine Art Milizenchef. Diesmal waren seine Angestellten offenbar angeheuert worden, um durch Einschüchterung einen Streik zu brechen.

Schlägertruppe

Denn seit Ende März streiken einige Dutzend LKW-Fahrer:innen auf dem Autobahnparkplatz Gräfenhausen. Mitte April waren es über 60, die meisten sind aus Usbekistan und Georgien. Sie haben ihre blau lackierten Laster des polnischen Transportkonsortiums Lukmaz, Agmaz und Imperija (Lukmaz) hier geparkt. Sie fordern ausstehende Zahlungen ein und weigern sich weiterzufahren.

Am 7. April erschien nun der Inhaber der Firmen, Lukasz Mazur, persönlich, begleitet von Angestellten der Rutkowski Patrol – und von LKW-Fahrer:innen, die offenbar die LKW der Streikenden wegbringen sollten. Stefan Körzell, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), der während der Bedrohung durch die Miliz vor Ort war, schrieb auf Twitter, dass eine «Schlägertruppe aus Polen» versucht habe, den Fahrer:innen ihre LKW zu «klauen». Doch bevor es dazu kommen konnte, griff die Polizei ein, die von den Unterstützern sofort gerufen wurde. 19 Männer wurden vorläufig festgenommen, inklusive Lukasz Mazur. Die Polizei teilte mit, gegen sie werde wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch, Bedrohung, Nötigung, versuchte gefährliche Körperverletzung und Störung einer Versammlung ermittelt.

Seit 50 Tagen keine Zahlungen

«Dies ist mein erstes Arbeitsverhältnis in Europa», berichtet ein usbekischer Chauffeur. «Ich dachte, in Europa geht alles mit rechten Dingen zu. Aber so, wie wir hier betrogen worden sind, das kannst du in Usbekistan nicht bringen, dann redet keiner mehr mit dir». Der Mann fragt aufgebracht: «Warum kontrolliert das denn hier niemand? Da muss es doch Behörden geben?» Bei ihm steht Anna Weirich, sie unterhalten sich auf Russisch. Anna Weirich notiert, was der Fahrer sagt. Sie ist zusammen mit Michael Wahl, Branchenkoordinator:in internationaler Strassentransport, bei der Beratungsstelle Faire Mobilität. Michael Wahl berät auf Polnisch, kennt sich mit polnischen Arbeits- und Dienstleistungsverhältnissen sehr gut aus. Anna Weirich berät meist auf Rumänisch, spricht mit den Fahrer:innen aus Georgien und Usbekistan aber Russisch. Faire Mobilität ist ein Beratungsnetzwerk des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) mit 13 Standorten bundesweit zur Unterstützung von Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa zu ihren Rechten auf dem deutschen Arbeitsmarkt – dies in der Herkunftssprachen der Arbeiter:innen.

«Es sind inzwischen 63 LKW auf dem Parkplatz, es kommen immer noch neue an, die sich dem Protest anschliessen», so Anna Weirich am 6. April im Gespräch mit dem *vorwärts*. Die Fahrer:innen sind offiziell selbstständig und warten seit über 50 Tagen auf ihre Zahlungen. Bei einem Tagessatz von 80 bis 86 Euro sind es 4000 Euro. Viel Geld für die Betroffenen und deren Familien in Georgien oder Usbekistan, die auf die Zahlungen angewiesen sind.

Schlafen im LKW

«Lukasz Mazar behauptet, dass alle korrekt bezahlt worden seien und in seiner Firma alles rechtmässig zugehen würde», so Anna Weirich. Doch: «Bei einer stichprobenartigen Kontrolle wurden aber etwa Verstösse gegen das Kabinenschlafverbot festgestellt. Kein Wunder, denn viele berichten uns einhellig, dass sie nur im LKW geschlafen haben und dies teilweise über Zeiträume von mehr als einem Jahr.»

Die Fahrer:innen fühlen sich um ihre Rechte betrogen. «Viele berichten, dass die Arbeitsbedingungen von Beginn an sehr schlecht waren: viele Abzüge von den Zahlungen, alle wohnen ununterbrochen im LKW, was gegen europäisches und deutsches Recht verstösst, da zumindest die 45-stündige Wochenruhezeit ausserhalb des LKWs verbracht werden muss», erklärt Michael Wahl von Faire Mobilität im Gespräch mit dem *vorwärts*. Viele

LKW-Fahrer:innen erzählen, dass der Arbeitgeber immer wieder Gehälter unrechtmässig kürze oder gar nicht zahle. So werden häufig die Löhne aus irgendwelchen Gründen gekürzt, etwa weil ein Termin nicht eingehalten worden sei, etwas am LKW kaputtgegangen sei oder der Firma angeblich Kosten entstanden seien.

Vereinbarte Zahlungen gestrichen

«Die Kolleg:innen, die jetzt protestieren, geben an, dass sie 80 bis 86 Euro pro Tag mündlich zugesichert bekommen haben, inklusive Sonntag», berichtet Michael Wahl. Er fügt hinzu: «Sie sagen, der Arbeitgeber wollte die Zahlungen für Sonntage ersatzlos streichen. Das hat übrigens Mazur uns gegenüber bestätigt. Daher haben sie sich die LKW-Fahrer:innen zu diesem drastischen Schritt entschieden». Die Streichung eines Siebels der Wochenbezahlung war der Auslöser für den Arbeitskampf.

Das Beratungsnetzwerk Faire Mobilität hat durch ein Gesuch der georgischen Gewerkschaft Georgian Trade Unions Confederation, an die sich die Streikenden gewandt hatten, von der Arbeitsniederlegung erfahren. Die GTUC hat unter anderem den DGB kontaktiert, der das Beratungsnetzwerk informierte. Schnell wurde zusammengearbeitet, um die Beratung und Unterstützung der Protestierenden zu organisieren. Anna Weirich: «Ohne transnationale Zusammenarbeit können wir im internationalen Strassentransport nur schwerlich arbeitsrechtliche Probleme bearbeiten, geschweige denn eines einer solchen Grössenordnung.»

Internationale Zusammenarbeit

Die Solidarität der Fahrenden untereinander ist gross: «Sie sind fest entschlossen, zusammenzuhalten, um das ihnen Zustehende zu erstreiten», betont Anna Weirich. «Auch im Alltag auf dem Parkplatz unterstützen sie sich gegenseitig, kochen zusammen, räumen die provisorischen Küchen auf». Oft kommen gewerkschaftliche Gruppen mit Lebensmitteln vorbei, auch von der niederländischen Gewerkschaft FNV. Nach einigem Hin und Her konnte erreicht werden, dass die Streikenden Dusche und Toiletten der Autobahnraststätte kostenfrei benutzen dürfen.

Die Fahrer:innen haben keine Rücklagen, sind Scheinselbstständige und fahren auf eigenes Risiko für das polnische Firmenkonsortium. Sie haben «einen sogenannten Dienstleistungsvertrag, umgangssprachlich in Polen auch Umowa zliczenia genannt, ein Müllvertrag» erklärt Michael Wahl.

Fahrer:innentausch misslungen

Die «Müllverträge» werden in Polen stark kritisiert. Inzwischen dürfen die Verträge nur unter sehr engen Rahmenbedingungen abgeschlossen werden. Selbstständige müssten etwa selbst entscheiden können, wohin sie mit dem LKW fahren oder welche Aufträge angenommen werden. Was bei den Verträgen von Lukmaz, Agmaz und Imperia nicht zutrifft. Michael Wahl: «In diesem Fall sehen wir sehr viele Anzeichen dafür, dass die Fahrer:innen doch alle Anweisungen vom Arbeitgeber erhalten haben.»

Dafür spricht auch, dass der Firmenchef Lukasz Mazur bereits am 30. März versuchte, die LKWs der Streikenden wegfahren zu lassen. Neben dem Inhaber und einigen weiteren Angestellten kamen vier Minibusse mit Firmenaufschrift auf dem Parkplatz an, in denen LKW-Fahrer:innen aus Usbekistan und anderen Ländern sassen, um die Streikenden zu ersetzen. Aber: «Die Ersatzfahrer:innen standen im Kontakt zu den Protestierenden. Auch wir konnten mit ihnen sprechen», erklärt Anna Weirich, obwohl Lukasz Mazur dies unterbinden wollte. «Der Fahrer, mit dem ich sprach, sagte, er sei im Glauben gelassen worden, dass es sich um einen normalen Fahrertausch handele. Er sei nicht informiert gewesen, dass die auszutauschenden Berufskolleg:innen die Arbeit niedergelegt hatten». Keiner der Ersatzfahrer:innen fuhr einen der in Gräfenhausen stehenden LKWs weg.

Aufträge kommen von Firmen aus Westeuropa

Was die Fahrenden bei Lukmaz-Agmaz-Imperia mitmachen, scheint von den Arbeitsbedingungen her besonders mies zu sein. Allerdings sollte diese Tatsache nicht dazu verleiten, zu glauben, dass das eine Ausnahme ist: «Die Arbeitsbedingungen im internationalen Strassentransport sind durchweg schlecht, es ist hier gewissermassen Standard, gegen geltendes Recht zu



verstossen, insbesondere, aber nicht nur im Bereich der Bezahlung», betont Anna Weirich.

Was bei der Kritik an diesen Geschäftsmodellen dazugehört, ist Folgendes: «Die Aufträge kommen in der Regel von Firmen aus Westeuropa und sehr oft aus Deutschland, hier wird auch gefahren», erklärt Anna Weirich. Darüber hinaus haben in der Vergangenheit deutsche Expeditionen gerne Filialen oder Tochterfirmen, etwa in Rumänien oder Litauen, eröffnet. Offensichtlich mit der Absicht, hier Fahrende zu geringeren Löhnen einzustellen. Mittlerweile ist es in Mitteleuropa, «in Polen, Tschechien oder Litauen leichter als in Deutschland Arbeitserlaubnisse für Drittstaatsangehörige zu bekommen», erklärt Anna Weirich. Und: «Es ist leichter, noch stärker abhängige Fahrende aus noch ärmeren Ländern zu rekrutieren, die zu noch schlechteren Bedingungen zu arbeiten bereit sind. Zur Verantwortung zu ziehen wäre hierfür auch die deutsche Wirtschaft.»

Petition mit klaren Forderungen

Am 5. April haben die streikenden LKW-Fahrer in Gräfenhausen eine Petition verfasst und verschickt. «Wir sind eine Gruppe von Fahrern aus Georgien und Usbekistan, die ausgebeutet werden. Wir wurden in eine Situation gebracht, in der die Weigerung zu fahren, die einzige Möglichkeit darstellt, an unserer Situation etwas zu verändern», ist in der Petition zu lesen. Sie richtet sich an die westeuropäischen Auftraggeber:innen des Firmenkonsortiums Lukmaz, Agmaz und Imperia. Es sind dies Firmen wie DHL, Sennler, LKW Walter Internationale Transportorganisation AG und C.H. Robinson, für die Lukmaz, Agmaz und Imperia als Subunternehmen Transporte übernehmen. Die Firmen sollten von ihren Subunternehmern die Einhaltung der Gesetze fordern, «sodass wir nach den gesetzlichen Standards bezahlt werden». Die Fahrer stellen in der Petition fest: «Da wir Transporte ausgeführt haben, die von Ihrem Unternehmen beauftragt wurden, sind Sie Teil einer schlechten Situation, die von Ihrem Vertragspartner Lukmaz, Agmaz und Imperia geschaffen worden ist.» Alle streikenden Fahrer haben die Petitionen unterschrieben.

Am 9. April erreichte die streikenden Fahrer in Gräfenhausen eine Solidaritätsbotschaft vom anderen Ende der Welt. In Seoul versammeltensich die Kolleg:innen der südkoreanischen Gewerkschaft Trucksol. Dort entstand ein Video, in dem Hunderte koreanischer LKW-Fahrer:innen gemeinsam Solidaritätswünsche riefen und die Faust hoben. Man wolle dieses Video aufnehmen, sagte ein Redner auf der Bühne, «um den LKW-Kolleg:innen in Europa Kraft zu geben, die gegen so schlechte Arbeitsbedingungen kämpfen».

Die Solidarität ist unter den streikenden LKW-Fahrer:innen sehr gross.

Bild: Gaston Kirsche.

The Forgotten Man

dom. **Der Film erzählt die Geschichte des Botschafters Hans Frölicher, der einige Monate vor Kriegsende aus Berlin nach Bern zurückkehrt, wo er sich mit den Folgen des Krieges, der Schweizer Aussenpolitik und seiner persönlichen Rolle darin konfrontiert sieht.**



Der ehemalige Schweizer Botschafter Heinrich Zwygart (gespielt von Michael Neuenchwander im Bild) während der Nazizeit in Berlin muss sich nach seiner Rückkehr in die Schweiz neu erfinden. Bild: zVg

Heinrich Zwygart, wie Frölicher im Film heisst, hat den Krieg überstanden – wird er auch den Frieden überstehen? Dieser Frage geht Regisseur Laurent Nègre in Form eines nachdenklichen Polit-Thrillers nach. Die Schweiz und Zwygart haben sich durchgemogelt durch den grossen Krieg, auch und vor allem mit zweifelhaften Bündnissen und Geschäften. Nun ist das nationalsozialistische Deutschland gefallen und auch hierzulande befindet sich alles in der Schwebe: Gelingt es der «neutralen» Schweiz, sich glaubwürdig an der Seite der Siegermächte zu positionieren? Und welche Rolle spielen Männer wie Zwygart bei dieser Neupositionierung?

Neupositionierung

«Das gefährliche an der Vergangenheit ist, dass sie die Zukunft zerstört.» Mit diesen mahnenden Worten beginnt der Film. Und schnell wird klar, worauf sie sich beziehen: Sowohl auf Zwygart, dessen politische Karriere von seinen Machenschaften im Nationalsozialismus verhindert wird, als auch auf die Schweiz insgesamt. Diese muss sich in der Nachkriegszeit rasch und möglichst gründlich von ihrer Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg lösen, darf keinen Zweifel aufkommen lassen, auf welcher Seite sie steht.

Das weiss auch Zwygart, weshalb er vorerst in die Offensive geht: Unmittelbar nach seiner Rückkehr ist er voller Tatendrang und Zuversicht und verkündet seine Kandidatur für den Bundesrat. Mit vergangenen Geschäften mag er sich nicht beschäftigen und schmiedet stattdessen Pläne und Allianzen, die ihm den Weg in die Schweizer Regierung ebnen sollen. Doch schmerzlich muss Zwygart feststellen: Die Neupositionierung der Schweiz wird ohne ihn stattfinden. Für eine glaubwürdige Positionierung der Schweiz neben den alliierten Siegermächten sind Männer wie Zwygart zur Gefahr geworden.

Die Geister der Vergangenheit

Daran zerbrechen Zwygart und seine Familie. Der Film zeigt uns einen Mann, der sich einerseits in aristokratischer Manier für das Amt des Bundesrats berufen fühlt, der sich im Recht wähnt und gelegentlich offen seine politische Nähe zum Deutschen Reich äussert. Andererseits sehen wir Rechtfertigungsversuche, Opportunismus, Zweifel, Zerrissenheit – ja, sogar Anflüge von Wahnsinn. Zwygart wird eingeholt von den Geistern der Vergangenheit, verkörpert durch Maurice Bavaud, der ihm in spukhaften Szenen erscheint.

Maurice Bavaud gabs wirklich. Der junge Seminarist aus der Schweiz hatte sich kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs dazu entschlossen, ein Attentat auf Hitler zu verüben. Der Versuch scheiterte, Bavaud geriet auf der Flucht in die Fänge der Gestapo. Hans Frölicher, beziehungsweise Heinrich Zwygart, versagte dem jungen Attentäter die üblichen diplomatischen Dienste und verurteilte dessen Pläne scharf.

Zurück in Bern, verteidigt sich Zwygart: Mit einem «Attentat nicht nur auf Hitler, sondern auf den Rechtsstaat» habe man es hier zu tun gehabt. Trotzdem plagt ihn sein schlechtes Gewissen. Es verfolgt ihn nicht nur Maurice Bavauds Geist, sondern auch ein junger Journalist, der die Geschichte veröffentlichen möchte, sowie Bavauds Familie. Obwohl diese immer wieder auf konsularische Unterstützung drängte, wurden sie von Zwygart nicht mal über das gefällte Todesurteil informiert.

Die Schweiz als Opportunistin?

So wird Zwygart eingeholt von seiner Geschichte. Überwältigt von den Ereignissen, gibt er schliesslich auf. Müde trifft er seinen alten Freund und Verleger, einen Bewunderer Hitlers Taten, der ursprünglich Zwygarts Biografie hätte verlegen sollen. Zwygart ist klar gewor-

den, dass aus einer ruhmreichen Biografie mit schöngefärbten Nazi-Geschichten und Hitler-Darstellungen nichts mehr wird. Verbittert wendet er sich gegen seinen alten Freund: So toll seien diese Nazis nun auch wieder nicht, soviel habe er in seinen Diensten als Botschafter schon mitbekommen.

Zwygart entlarvt sich dabei als Opportunist, der seinen politischen Standpunkt nach den gerade herrschenden Kräfteverhältnissen wählt. Das wird noch deutlicher in einem zweiten Treffen, welches er in seiner Verzweiflung arrangiert: Mit seinem Hintergrund für die Schweizer Regierung unbrauchbar geworden, versucht er aus seiner Geschichte auf anderem Wege Kapital zu schlagen. Mit einem Aktenkoffer voller vertraulicher Dokumente trifft er einen US-amerikanischen Diplomaten, um diesem die zweifelhafte Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg darzulegen.

Neutralität sei ein blosses Mittel zur Durchsetzung der Geschäftsinteressen der Schweiz, meint Zwygart. Er könne das bezeugen. Doch zu seiner Verwunderung stösst er damit auf wenig Interesse. Dass die Schweiz unbeschadet durch Krieg gekommen sei, sei doch schön. «Good for you!» meint der US-amerikanische Diplomat, für den das Kapitel «Zweiter Weltkrieg» schon beendet ist. Wie genau sie dies bewerkstelligt hätten, sei jetzt auch egal. Was die Alliierten, die USA, die Welt jetzt brauche, sei ein verlässlicher Bündnispartner.

Unverhofft aktuell

Die Diskussion um Frölichs Rolle im Zweiten Weltkrieg ist nicht neu. Seine Haltung zum nationalsozialistischen Deutschland wurde bereits während des Krieges und auch danach wiederholt kritisiert. Frölicher hatte etwa darauf gedrängt, dass sich die schweizerische Neutralitätspolitik auf die Freundschaft mit Deutschland und Italien stützen solle. Er verlangte den Abbruch der Beziehungen zum Völkerbund und unterstützte die Einführung des Judenstempels in deutschen Reisepässen.

Aber der Film gewinnt durch die neuesten Ereignisse eine unverhoffte Aktualität. Er wird zu einem Zeitpunkt ausgestrahlt, in dem die rechtspopulistische SVP mittels Volksinitiative einen «integralen Neutralitätsbegriff» starkzumachen versucht, der die heutigen Geschäftsinteressen wahren und gleichzeitig die Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg klutern soll. Schon damals habe sich die Schweiz auf keine Seite gestellt und sei vor allem deshalb unbeschadet durch die kriegerischen Zeiten gekommen – diese Worte könnten schon fast aus dem Munde von Zwygarts Vater stammen.

Dieser will von angeblichen Neutralitätsbrüchen und krummen Geschäften auch nichts wissen. Er ist der überzeugte Patriot, nach dessen Einschätzung die Schweiz dank ihrer wehrhaften Armee vom Krieg verschont geblieben ist: Mutige Schweizer Soldaten und General Guisan – die gilt es zu feiern. Er ist das bildhafte Opfer einer geistigen Landesverteidigung, die sich von der nationalsozialistischen Ideologie abgrenzen wollte und dann aber mit der Förderung des Patriotischen, ihrer Berufung auf das eigene «Völkische», selbst nach rechts abrutschte.

In Wahrheit blieb der Schweizer Kleinstaat deshalb verschont, weil er die Neutralität als opportunistisches Mittel nutzte, um zwischen den Grossmächten zu lavieren – und sich dabei wiederholt erschreckend nah am Dritten Reich bewegte. Wie gross dabei Zwygarts Einfluss als Botschafter war, ist im Einzelnen nur schwierig festzustellen. Handelte er bloss in den Diensten einer opportunistischen Schweiz oder versuchte er diese in die Nähe Hitlers zu ziehen? Laurent Nègre nimmt in seinem Film beide in die Verantwortung, sowohl die Schweiz als auch deren Botschafter. Und das ist sicher richtig.

Basel. Auch dieses Jahr findet wieder die internationale 1.-Mai-Vorfeier der PdA Basel statt. Vortrag von Gabriele Gysi aus Berlin – Linke Lieder von der Berner Singgruppe «Linksdrall» – Ansprache von Stefan Hofer – Buffet mit Getränken und gemütlichem Teil.

FREITAG, 28. APRIL 2023, 18.00 UHR, RESTAURANT «ZUM REBHAUS», RIEHENTORSTRASSE 11, BASEL (NÄHE WETTSTEINPLATZ, AB BAHNHOF SBB MIT TRAM 1 ODER 2)

1.Mai in Zürich. Dieses Jahr findet das 1.-Mai-Fest auf dem Zürcher Kasernareal wieder wie gewohnt statt – heisst wie vor der Pandemie. Freude herrscht. Ab Samstag, 29. April bis zum Abend des 1. Mai wird das Areal mit vielen Infos- und Essstände wieder aufblühen und zahlreiche Politveranstaltungen sind geplant. Auch wie gewohnt der 1.Mai-Umzug. Sämtliche Infos sind auf 1.mai.ch zu finden. Bleibt jetzt nur noch zu hoffen, dass auch das Wetter mitspielt.

AB SAMSTAG, 29. APRIL, KASERNEAREAL ZÜRICH

Armut und Sans-Papier. Menschen ohne gültige Papiere werden in der reichen Schweiz in die Armut getrieben, denn viele müssen jahrelang auf die Bewilligung der Behörden warten, um auch nur einer Arbeit nachgehen zu können. Dies müsste nicht sein: Die Lösung könnte der S-Ausweis (Schutzbedürftige) für alle Geflüchteten sein. Doch die Schweiz treibt auch diesbezüglich lieber eine Zwei-Klassen-Gesellschaft voran. Der Menschenrechtsaktivist Amine Diare Conde (25) war selbst Sans-Papier und setzt mit der Organisation «Essen für alle» ein starkes Zeichen gegen die Armut. Organisiert durch die Partei der Arbeit Zürich im Rahmen des 1.Mai-Festes.

MONTAG, 1. MAI, 14 UHR, WALCHETURM, KASERNEAREAL ZÜRICH.

Aufbrechen. Im Rahmen der aktuellen Ausstellung im Stadthaus «Blinde Flecken. Zürich und der Kolonialismus» lädt AUFBRECHEN zu dieser dreiteiligen Gesprächsreihe ein. Im Programmheft zur Ausstellung steht einleitend: «Kolonialismus war in Zürich lange kein Thema. Heute wissen wir: Es bestehen blinde Flecken. Die Ausstellung will ein grösseres Bewusstsein für die kolonialen Verflechtungen Zürichs schaffen. Sie will auch aufzeigen, dass der Kolonialismus schon lange in der Stadt präsent ist und dass dieser bis heute nachwirkt.» Die Kulturszene der Stadt gibt sich ja gerne humanistisch, solidarisch und emanzipatorisch, doch wie frei von kolonialistisch geprägtem Denken und Verhalten war und ist sie tatsächlich? Diese Frage steht im Zentrum der Gesprächsreihe.

DONNERSTAG, 4. MAI, ROTE FABRIK ZÜRICH, CLUBRAUM, 20 UHR

Erdbeeren aus Spanien? Im südspanischen Huelva arbeiten marokkanische Saisonarbeiterinnen auf den Erdbeerfeldern. Lange Arbeitstage, tiefe Löhne, schlechte Unterbringung, sexualisierte Gewalt und ein gewerkschaftsfeindliches Umfeld sind nur ein paar Stichworte. Gewerkschaften von Landarbeiter:innen in Spanien und Marokko arbeiten nun länderübergreifend zusammen, um bessere Arbeitsbedingungen auf den Erdbeerfeldern in Huelva zu erkämpfen. Auch in der Schweiz nehmen prekäre Arbeitsverhältnisse zu. An der Veranstaltung berichten betroffene Arbeiter:innen von ihren Erfahrungen und diskutieren mit Gewerkschafter:innen über Strategien, um faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Eine Veranstaltung im Rahmen des Solifonds-Jubiläums zum 40. Geburtstag. Weitere Infos unter: solifonds.ch/veranstaltungen

FREITAG, 5. MAI, 13.30 UHR, HOTEL BERN, ZEUGHAUSGASSE 9, BERN

Fest der PdA Bern. 20 Jahre Wiedergründung der Berner Sektion der Partei der Arbeit – das ist ein Grund zum Feiern. Die Veranstaltung beginnt mit einem runden Tisch zum Thema «Kommunistische Politik gestern – heute – morgen» mit Genoss:innen verschiedener Generationen. Nach einem Imbiss ab 18 Uhr findet ab 19.30 das Konzert vom Chor Linksdrall statt, um dann den Abend im gemütlichen Beisammensein ausklingen zu lassen. Alle sind herzlich willkommen.

SAMSTAG, 6. MAI 2023, BREITSCHE-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, BERN, 15.00 UHR

komm&iss. Jeden dritten Montag im Monat lädt die PdA Zürich zum geselligen komm&iss ein. Der Anlass ist eine gute Gelegenheit, um sich auszutauschen, kennenzulernen oder einfach einen gemütlichen Abend zu verbringen. Es gibt jeweils feines Essen, das abwechselnd von Genoss:innen der PdA Zürich gekocht wird und für alle Besucher:innen kostenlos ist. Alle sind herzlich willkommen.

MONTAG, 15. MAI, 18.30 UHR, DIENERSTRASSE 16, ZÜRICH